

Rechte Aktivitäten im Naturschutz

Eine Information des NABU

Inhaltsverzeichnis

5 Vorwort
6 I. Einleitung

8 II. Demokratieschutz und Umweltschutz als zwei Seiten einer Medaille
8 1. Naturschutz, Menschenrechte und Demokratie: Eine wehrhafte Demokratie braucht auch die Naturschützerinnen und Naturschützer
8 2. Einfallstore in die politische Mitte: Biologismen und Ethnopluralismus
9 2.1 Biologismen
9 2.2 Ethnopluralismus
10 3. Naturschutz als „Kampffeld“ neurechter Einflussnahme

11 III. Diskurse und Einflugschneisen rechter Interventionen im NABU
11 1. Artenschutz – statt Klimaschutz?
12 2. Kulturlandschaft
13 3. Heimat
15 4. Mythos des deutschen Waldes oder: Gefährdeter „deutscher Wald“?
16 5. Überbevölkerung
18 6. Neobiota
19 7. Bioregionalismus

22 IV. Empirische Annäherung an rechte Einflussnahmen im NABU und die Frage der verbandlichen Reaktionen

29 V. Zusammenfassung und Ausblick

30 Anhang
30 Anhang I.
Naturschutz, völkische Ideologie, Rassismus und Antisemitismus – eine historische Skizze
Anhang II.
32 Quellen- und Literaturverzeichnis
35 Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen
36 Hinweise auf Beratungsnetzwerke und Vereine gegen rechts

Oben: Naturschutzarbeit ist auch Jugendarbeit – gerade hier haben wir eine besondere Verantwortung.
Unten: Auch Naturschutzzentren wie die Blumberger Mühle sind Schaufenster für die Vielfalt der Arbeit des NABU.

Vorwort

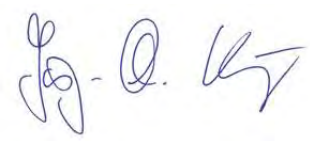
Liebe Naturschutzmacher*innen,

im NABU engagieren sich täglich ehrenamtlich und hauptamtliche Aktive für Natur, Umwelt und Klimaschutz. Die gemeinsame Arbeit geschieht dabei auf der Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung, geprägt von Toleranz und in demokratischen Prozessen. Menschen im NABU leben Demokratie als Gemeinschaftsform und entwickeln so die plurale Gesellschaft in Deutschland weiter. Zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland gehören neben vielen Glanzpunkten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg auch die problematischen Verflechtungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Dies gilt auch für den NABU und seine Vorläuferorganisationen. Auch diese historische Verantwortung prägt unser Bild der heutigen Verbandsarbeit auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten.

Der Naturschutz ist nicht erst in den letzten Jahren zu einem großen gesellschaftlichen Thema geworden, an dem sich sehr unterschiedliche Akteure abarbeiten. Immer wieder wird versucht, Themen und Zielkonflikte im Naturschutz auch dafür zu nutzen, um menschenfeindliche Weltbilder zu transportieren oder Argumentationen für ausschließende Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu transportieren. Und so finden sich Naturschutz-Broschüren auch des NABU auf Infotischen rechtsextremer Parteien, nutzen rechtspopulistische Akteure Argumentationen des Naturschutzes als Begründung für die Ablehnung von Migration und wird der Schutz der Kulturlandschaft mit Aspekten der Blut- und Boden-Ideologie verknüpft. Zugleich sieht sich der Naturschutz mit pauschalen Unterstellungen konfrontiert, die an die nationalsozialistische Einvernahme des Naturschutzgedankens im Dritten Reich anknüpfen und den modernen Naturschutz unter einen rechtsextremistischen Generalverdacht stellen.

Für uns im NABU war es daher an der Zeit, systematisch zu erfassen, welchen Einflussnahmen der Verband ausgesetzt ist, welche Themen dabei die zentrale Rolle spielen und wie und auf wen rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure Einfluss bei NABU-Gliederungen auszuüben versuchen. Nun liegen die Ergebnisse von über einem Jahr Arbeit vor und sie bringen uns wichtige Erkenntnisse. Wir sehen, wie viele Gruppen von Versuchen der Einflussnahme betroffen sind und wir erfahren, wie rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure inhaltlich einwirken wollen. Diese Erkenntnisse helfen uns zu erkennen, wo wir aktiv werden müssen und wo wir inhaltlich besonders wachsam sein müssen. Sie fordern uns zugleich heraus, uns des Themas weiterhin in der Breite anzunehmen. Wissen ist hierzu der erste Schritt.

Daher lade ich Sie herzlich zur Lektüre der vorliegenden Publikation ein. Lassen Sie uns auf der Grundlage der Ergebnisse in einen lebendigen Austausch dazu treten, wie wir unseren Verband gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Einflussversuche schützen und weiterhin eine starke und unabhängige Stimme für Natur- und Umweltschutz bleiben.



Jörg-Andreas Krüger, NABU-Präsident

„Wir sehen, wie viele Gruppen von Versuchen der Einflussnahme betroffen sind und wir erfahren, wie rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure inhaltlich einwirken wollen.“



I. Einleitung

Seit einiger Zeit erleben wir eine neue grundlegende Auseinandersetzung – den Systemkonflikt zwischen den liberalen Demokratien und den autoritären Regimen. Dieser Widerstreit hat mittlerweile auch unsere Gesellschaft erreicht und dort zu neuen Verwerfungen und Konflikten geführt. Ausgetragen wird dieser Streit zwischen denen, die sich für eine offene und freiheitlich-demokratische Ordnung einsetzen, und jenen, die diesen Rahmen nutzen, um Freiheit und Meinungsvielfalt einzugrenzen. Mit der Parteinahme für das Autoritäre und Nationalistische werden zugleich die Menschenrechte relativiert und so unser Grundgesetz in Frage gestellt. Statt einer liberalen und pluralen Gesellschaft wird eine homogene, völkische Gesellschaft als Ziel propagiert.
Am 26. Oktober 2018 erschien im Spiegel ein Interview mit der Schlagzeile „Waldspaziergang mit dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke“. Höcke wählte bewusst eine Wanderung durch den Wald, um sich als erdverbundener Naturschützer zu inszenieren. Mit diesem Vorgehen knüpft er an die Liebe der Deutschen zu ihren Wäldern an und schlägt damit die Brücke zu einem Mythos, dessen Ursprünge sich in der Kunst und Literatur des frühen 19. Jahrhunderts finden lassen. Er nutzt damit zugleich die Denkmuster der Ideologie von „Lebensraum“ und „Volksgemeinschaft“, die durch die Nationalsozialisten als Projektionsflächen eingesetzt wurden, um unterschiedliche rechte Vorstellungen zu bündeln. Solche oder ähnliche Inszenierungen gehören zum Handwerkszeug rechter Parteien und Gruppierungen, wie zum Beispiel der AfD, NPD, dem DRITTEN WEG und der Identitären Bewegung. Diese versuchen, gezielt natur- und umweltpolitische Themen für ihre Zwecke zu nutzen. Dabei kommt ihnen entgegen, dass Naturverbundenheit und der Schutz der Natur grundsätzlich positiv besetzt sind und bei einer Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger Sympathien hervorrufen. Gefährlich ist jedoch, dass sich neurechte Gesinnungen oftmals nicht sofort erkennen lassen, beziehungsweise es den Rechten gelingt, ihre wahren Absichten zu verschleiern.
Dass die Rechten Umwelt- und Heimatschutz in ihr Weltbild integrieren, zeigt sich auch in ihren Parteiprogrammen. Dabei suchen sie meist unmittelbare Verbindungen zwischen der Ordnung der Natur und der gesellschaftlichen Ordnung herzustellen. In diesem Sinne fordert die Partei DER DRITTE WEG in ihrem Zehn-Punkte-Programm unter 7. als Ziel „die Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und die Förderung der Gesundheit“ (DER DRITTE WEG, o. J.). Die AfD hat mit der „Dresdener Erklärung“ im Juli 2019 ein eigenes umweltpolitisches Positionspapier herausgebracht. In all diesen Programmen bleiben gezielte Strategien zum Schutz von Natur und Umwelt aus. Die umweltpolitischen Positionierungen der AfD und der Neurechten widersprechen im Kern den Grundsätzen des NABU. Das ist exemplarisch erkennbar an der rechtspopulistischen Leugnung des Klimawandels beziehungsweise der Weigerung, die Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz und der Erkenntnisse des Weltklimarates anzuerkennen. Dennoch instrumentalisieren diese Gruppierungen immer häufiger Argumente des Naturschutzes für

Unterscheidung rechter Strömungen

Es ist wichtig, zwischen verschiedenen rechten Strömungen zu unterscheiden, etwa zwischen **Rechtspopulismus** und **Rechtsextremismus.** Rechtspopulisten akzeptieren den demokratischen Verfassungsstaat grundsätzlich.
In Deutschland gewinnen im Rechtspopulismus aber zusehends völkische bzw. ethnopluralistische Kräfte die Oberhand. Hier sind die Übergänge zum Rechtsextremismus fließend geworden. Rechtsextremismus will den demokratischen Verfassungsstaat abschaffen.
Im medialen, politischen und öffentlichen Alltagssprachgebrauch und mit Blick auf die empirischen Phänomene verschwimmen diese Begrifflichkeiten jedoch. Daher ist in diesem Text „Rechte“ der Sammelbegriff für beides. „Alte Rechte“ bezieht sich auf Parteien wie die NPD, DVU und ähnliche, „Neue Rechte“ oder „Neurechte“ auf solche Kräfte, die, wie die Partei „DER DRITTE WEG oder der frühere „Flügel“ der AfD, stark im Sinne eines → **Ethnopluralismus** argumentieren.

ihre Zwecke. Dadurch schaden die Rechten dem demokratischen Natur- und Umweltschutz – und damit der Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen in der Bevölkerung.
Im Zentrum der Aufgaben des NABU steht vor allem der Natur- und Landschaftsschutz. Zugleich ist der NABU aber auch eine föderal strukturierte und demokratische Organisation der Zivilgesellschaft, die parteipolitisch unabhängig ist. Als demokratischer Akteur in der Zivilgesellschaft bekennt sich der NABU in seiner Satzung aktiv zur freiheitlich-demokratischen Werteordnung, auf deren Grundlage er sich für den Schutz der Natur engagiert. Vor diesem Hintergrund ist es dem NABU nicht gleichgültig, ob seine Ziele, seine Arbeit und seine Studien für andere Interessen missbraucht werden. Vielmehr muss ein Verband mit demokratischer Zielsetzung, der sich von solchen Versuchen rechter Einflussnahme im eigenen Bereich herausgefordert sieht, darauf Antworten geben.

Zu dieser Broschüre

Diese Broschüre arbeitet grundlegende Positionen des rechten Denkens heraus und zeigt deren Auswirkungen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Allgemeinen und den Naturschutz bzw. NABU im Besonderen auf. Die untersuchten rechten Erzählungen und Deutungen, die ausdrücklich auf den Naturschutz ausgerichtet sind, wurden im Zeitraum von 2018 bis 2021 in rechten Publikationen, Plattformen oder Social Media recherchiert.
Die konkreten thematischen Kapitel dieser Handreichung, die helfen sollen, den rechten Argumenten zu begegnen, sind so aufgebaut, dass jeweils ein Zitat vorangestellt ist. Dieses wird im jeweils folgenden Text im Hinblick auf die thematische Grundargumentation analysiert und soll die innere Struktur rechten Denkens transparent machen. Zugleich soll es den Leserinnen und Lesern einen unmittelbaren Eindruck der Ausdrucksweise konkreter neurechten Interventionen ermöglichen.
Im dritten Teil werden Ergebnisse einer Online-Befragung vorgestellt, die in den NABU-Gliederungen 2021 durchgeführt wurde. Dabei zeigt sich, dass Versuche rechter Einflussnahmen auf den NABU stattfinden. Deshalb ist es wichtig, die bisherigen Reaktionen darauf zu erfassen.
Die Broschüre endet mit Vorschlägen zu möglichen neuen Reaktionsformen sowie Hinweisen auf Beratungsnetzwerke und Vereine gegen rechts.

„Ökologie ist rechts“[1] – Warum die Neurechte gerade den Naturschutz im Visier hat.

1989 – die allermeisten Naturschutzvereine bzw. -verbände hatten die Ökologie längst auf ihren Agenden und die Partei „Die Grünen“ war etabliert – veröffentlichte der SPD-Politiker Peter Glotz die Streitschrift „Die deutsche Rechte“. Hier heißt es, die deutsche Rechte habe sich mit der Ökologie „einen wichtigen Teil ihrer Kronjuwelen klauen lassen“. Schaut man in die **→ Geschichte der Naturschutzbewegung (Anhang I),** dann zeigt sich, dass nationalkonservative, ja auch autoritäre bis rassistische Kräfte lange Zeit Naturschutz- und Ökologiedebatten beherrschten. Die NABU-Gründerin Lina Hähnle stellte als Linksliberale eher die Ausnahme von der Regel dar. Auch noch in den 1970er- und 1980er-Jahren nahmen nationalkonservative bzw. reaktionäre Kräfte wie Herbert Gruhl, der zu den Mitgründern „Der Grünen“ und des BUND gehörte, maßgeblichen Einfluss auf die Naturschutz- und Ökologiedebatten. An diese Umstände knüpfen unter anderem die in neurechten Kreisen populären „Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende“ an. Eine dieser Thesen lautet: *„Kritik an der modernen Technik-, Fortschritts- und Wachstumshybris, die die Natur zerstört, ist Kernstück konservativen Denkens seit 200 Jahren. Die Wurzeln der Ökologie liegen rechts.“* (Recherche Dresden 2019; vgl. hierzu auch Reusswig et al. 2021: 264, 267f.) Noch weiter geht Björn Höcke, ein einflussreicher Vertreter des politischen **→ Ethnopluralismus,** der zur „Rückeroberung“ aufruft: *„Daß die heimathassenden Grünen das Thema Naturschutz gekapert haben, ohne ihm gerecht werden zu können, ist eine der Tragödien der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir müssen es ihnen entwenden“ (Höcke 2020).*
Die Neurechte will offenbar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Im Naturschutz als gesellschaftlich sehr anerkanntes Anliegen sehen sie ein ideales Einfallstor in die Mitte der Gesellschaft. Gleichzeitig wollen sie die Deutungshoheit in diesem Politikfeld „zurückerobern“. Der (damalige) AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Alexander Gauland rief 2020 zum Kampf um die geistig-moralische Führung und damit um die Deutungshoheit in den Nachhaltigkeitsdebatten auf: Umweltschutz und damit Naturschutz reklamiert er für die AfD, Klimaschutz verortet er dagegen *„links“ (Gauland 2019: 53).*
Den Anspruch auf geistig-moralische Führung erhebt die Neurechte aber nicht nur gegenüber dem Naturschutz. Die Neurechte strebt eine allumfassende Deutungshoheit an. Naturschutz beruht im Kern auf einer gesellschaftlichen Vereinbarung, die sein Wirken legitimiert und ihm Einfluss verleiht. Der Frontalangriff der Neurechten auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens ruft nach einer Positionierung des Naturschutzes im Allgemeinen und des NABU im Besonderen.

[1] Borrmann 2013.

II. Demokratieschutz und Umweltschutz sind zwei Seiten einer Medaille

1. Naturschutz, Menschenrechte und Demokratie: Eine wehrhafte Demokratie braucht auch die Naturschützer*innen

> „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. […]
>
> (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."

Das Grundgesetz beginnt bewusst mit diesem Ewigkeitsartikel zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Er ist die Antwort auf den beispiellosen Zivilisationsbruch des nationalsozialistischen Terrorregimes. Es gehört unverhandelbar zur deutschen Staatsräson, aus historischer Verantwortung jeglichen Rassismus, Antisemitismus oder andere Diskriminierungen von Menschen abzuwehren.
Es steht außer Frage, dass die Einhaltung der Menschenrechte auch für einen demokratischen Naturschutz ohne jedes Wenn und Aber gilt. Naturschützer*innen als Teil der modernen Zivilgesellschaft stehen nicht nur uneingeschränkt auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sie verteidigen diese auch. Sie ringen als Teil der Zivilgesellschaft im gesellschaftlichen Diskurs um gute Lösungen für ihre Anliegen.
Das unumstößliche Prinzip der Verfassungstreue ergibt sich auch aus der **→ historischen Verantwortung des Naturschutzes** (Anhang I): Denn Teile der Naturschutzbewegung trugen in einem nicht unerheblichen Ausmaß zunächst mit dazu bei, der NSDAP den Weg zur Macht zu ebnen. Sie kooperierten ab 1933 sofort mit dem NS-Regime. Etliche Naturschutzakteure unterstützten es aktiv. Diese historische Verantwortung wird auch nicht dadurch geschmälert, dass der Naturschutz auch Opfer des NS-Regimes zu beklagen hat.
Mit unserem Bekenntnis zu den Menschen- und Grundrechten, unserer aktiv-positiven Haltung zur freiheitlichen und sozialen Demokratie, aber auch angesichts der eigenen Geschichte kann für uns deshalb nur gelten: Jegliche Form des Rassismus und antidemokratischen Denkens und Handelns lehnen wir ab. Das heißt, die Arbeit für den Schutz der Natur ist untrennbar mit der Achtung der Menschenwürde und den Regeln einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft verbunden. In Abwandlung eines Wortes von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Heimatgedanken ist *Naturschutz offen für alle, aber er ist nicht beliebig.* Deshalb schließen sich völkischer Rassismus alter oder neuer Couleur und verbandliche Naturschutzarbeit aus. Falsch verstandene Neutralität gegenüber antidemokratischen Haltungen – um der fachlichen Arbeit und der inneren verbandlichen Harmonie willen – verbietet sich für einen demokratischen Naturschutz. Denn: Eine Nichtpositionierung öffnet Türen, sodass heute Neurechte Naturschutzanliegen für ihre rassistischen Zwecke instrumentalisieren können.
Demokratie ist kein Selbstläufer. Das erleben wir gerade weltweit. Sie ist nicht per se garantiert, sie bedarf der Teilhabe aktiver Bürger*innen. Deshalb braucht eine wehrhafte Demokratie auch Naturschützer*innen. Sie treten als Teil der mündigen Zivilgesellschaft aktiv gegen die Instrumentalisierung ihrer Sache ein.

2. Einfallstore in die politische Mitte: Biologismen und Ethnopluralismus

Völkischer, menschenverachtender Rassismus argumentierte lange Zeit offen mit **→ Biologismen.** Dies meint, dass Beobachtungen aus der Biologie und daraus abgeleitete Gesetzmäßigkeiten unmittelbar auf das Zusammenleben der Menschen übertragen werden. Auch Neurechte verwenden noch Biologismen. Doch vermehrt verbrämen sie ihren Rassismus kulturell. Ein zentraler Begriff in diesem Zusammenhang ist der des **→ Ethnopluralismus.** Dabei betonen sie,

dass jedes „Volk“ das Recht habe, auf dem eigenen Boden zu existieren. Problematisch wird diese Position, weil sie von „homogenen Völkern“ mit „zugewiesenen“ Lebensräumen ausgehen, die sich gegen (kulturelle) Einflüsse von außen unbedingt abschotten sollten. Dieser neue Rassismus ist deshalb nicht sofort erkennbar – anders als die „Ausländer raus!“-Parolen der alten Rechten. Gegen diese Argumentationsstrategien muss sich der demokratische Naturschutz wappnen.

Biologismen

Ein wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie waren Biologismen, das heißt die direkte Übertragung biologischer Theorien oder Modelle auf die menschliche Gesellschaft. Solche Analogien begründeten beispielsweise den Sozialdarwinismus, durch die direkte Übertragung der Vorstellungen des Überlebens des Stärkeren (die fälschliche Übersetzung von „survival of the fittest“) auf menschliche Gesellschaften. Auf Biologismen beruhte auch die Rassenideologie von der angeblichen Höherwertigkeit der „arischen Rasse“ oder die „Rassenhygiene“. Mit diesen Biologismen legitimierte das nationalsozialistische Deutschland den millionenfachen Mord vor allem, aber nicht nur an den jüdischen Mitbürger*innen in Europa oder die Ermordung „lebensunwerten Lebens“, das heißt vor allem behinderter oder psychisch kranker Menschen. So ermordete das NS-Regime 1940 auch einen Sohn der NABU-Gründerin Lina Hähnle.
Das Sein des Menschen wurzelt unzweifelhaft in der Natur. Doch daraus lässt sich keineswegs eine biologische Vorherbestimmung für das menschliche Zusammenleben ableiten: Zum Menschsein gehört, dass Menschen soziale Wesen sind und sich frei von ihren Wurzeln entwickeln und verhalten können. Direkte Übertragungen aus der Biologie bzw. der Ökologie auf die menschliche Gesellschaft sind nicht möglich, denn die Natur kennt im Gegensatz zu menschlichen Gesellschaften weder Ethik noch Moral. Menschen zeichnen sich dadurch aus, dass sie reflektieren und Strategien beziehungsweise Zukunftsvorstellungen entwickeln können. Diese bilden die Grundlage dafür, dass Gesellschaften keine zwangsläufigen Entwicklungen einschlagen müssen. Menschliche Gesellschaften sind daher in der Lage, zu lernen, sich zu entwickeln und neue Antworten zu geben – und dies in einem demokratischen Prozess.
Seit den 1970er-Jahren herrscht aufgrund der Folgen der NS-Rassenpolitik in der politischen Kultur der Bundesrepublik ein Grundkonsens: Es ist moralisch unstatthaft, biologische oder ökologische Phänomene direkt und unmittelbar auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen. Dennoch übertragen Rechte immer wieder biologische Phänomene auf das menschliche Zusammenleben, um so ihre Ideologie in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Damit versuchen sie, diesen Grundkonsens durch eine allmähliche Verschiebung der Grenzen des Unzulässigen zu zerstören.
Es gilt daher, insbesondere dann sensibel zu reagieren, wenn biologische Phänomene direkt auf die menschliche Gesellschaft übertragen werden sollen. Das ist weder den beiden ungleichen Logiken der Sphären Natur und Gesellschaft angemessen, noch ist dies unpolitisch oder politisch folgenlos.

Ethnopluralismus

Ethnopluralismus klingt harmlos, erweckt vielleicht sogar den Eindruck von Vielfalt oder Multikulti, ist aber menschenverachtend-rassistisch – auch wenn das Konstrukt Rasse als Bestandteil des Begriffs nicht mehr auftaucht. Ethnopluralismus zielt als „Großerzählung“ der Neurechten darauf ab, im gefälligen Ton Fremdenfeindlichkeit für die Mitte der Gesellschaft salonfähig zu machen. Statt wie die alten Rechten offen Rassismus zu vertreten, propagieren die Neurechten eine „Vielfalt der Völker und Kulturen“. Allerdings bleibt die zentrale Denkfigur neurechten Denkens davon unberührt, nämlich die Idee einer Gleichstellung von Identität und Raum.
Der Ethnopluralismus schreibt Völkern jeweils unveränderliche Eigenschaften zu. Diese begründen seine Anhänger*innen in Absetzung zu früheren rassistischen Herleitungen nun kulturell. Menschen unterscheiden sich danach durch die Kulturen ihrer Völker. Dem Ethnopluralismus in seiner rechtsextremen Ausprägung zufolge ist ein Volk umso „stärker“, je „reiner“ es ist, je mehr es seine eigene Kultur von den Einflüssen der Kulturen anderer Völker abschottet. Zuwanderung gefährdet dagegen die Aufrechterhaltung der eigenen Kultur. Durch diese Überbetonung, die eigene Kultur von äußeren Einflüssen „rein“ zu halten, verschwimmen die Grenzen zwischen Kultur und Rassismus.
Doch die neugeartete völkisch-rassistische Ausgrenzung betont nicht nur die „Reinheit“, sie bedient sich auch ihrer „Großerzählung“ der „Umvolkung“: Einwanderungen oder die hohe Geburtenziffer bereits in Deutschland lebender vorgeblicher kulturfremder Menschen führen zu einem „großen Austausch“, der die Existenz des deutschen Volkes gefährde. Dieses unbedingte Bestehen auf Abgrenzung verkennt aber nicht nur, dass Kulturen sich stets wechselseitig beeinfluss(t)en, sondern auch, dass die jeweils eigenen Nationalkulturen nicht uniform, sondern in sich selbst vielfältig sind. Der

Ethnopluralismus interpretiert die ihm zugrunde liegende Fremdenfeindlichkeit zur Deutschen-Freundlichkeit um. Dies trägt dazu bei, Grenzen des „Sagbaren“ zu überschreiten und zu verschieben.
Ethnopluralismus ist aber nicht nur ein scheinbar rein intellektueller Debattenbeitrag. Damit wird auch versucht, unmittelbaren Einfluss auf den Naturschutz zu nehmen:

> „Wir wollen, dass die Menschen im gesunden Einklang mit ihrer Natur, ihrem Land und ihrem Volk leben. […] Wir lieben das Fremde – in der Fremde.“

So lautete das Intro einer rechtsextremistischen Gratis-CD, die im großen Stil als „Projekt Schulhof“ an Kinder und Jugendliche zur Verteilung kam. Die Liedzeilen verdeutlichen, dass Ethnopluralismus die direkte Einflussnahme auf den Naturschutz sucht, indem er sich auf eines seiner Ideale beruft: im Einklang mit der Natur zu leben. Konkret interveniert Ethnopluralismus in Naturschutzdebatten über den Schutz der **→ Kulturlandschaft,** den **→ Artenschutz, → den Waldschutz,** über den Umgang mit **→ Neobiota** sowie in die Diskussionen über das für die Akzeptanz von Naturschutzanliegen wichtige **→ Heimatargument,** um hier nur einige Felder zu nennen.

3. Naturschutz als „Kampffeld“ neurechter Einflussnahme

Die repräsentativen Naturbewusstseinsstudien des Bundesumweltministeriums belegen seit 2009, dass der Schutz der Natur gesellschaftlich auf eine große Zustimmung stößt. Naturschutz und seine Anliegen sind also gesellschaftlich und politisch positiv besetzt. Damit wird er für Neurechte interessant. Sie sehen im Naturschutz ein Einfallstor in die Mitte der Gesellschaft und setzen hier mit ihrer sogenannten *„Metapolitik“* an: Gemeint ist damit, dass man die Themen- und Deutungsführerschaft erlangen muss, bevor die politische Macht ergriffen werden kann.
Seit 2007 bis zu ihrer Einstellung im Jahre 2019 widmete sich die Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ aus dem rechtsextremistischen Milieu speziell Naturschutzhemen. Seit 2020 erscheint in deren Nachfolge „Die Kehre“, die den Untertitel „Zeitschrift für Naturschutz“ trägt.
„Umweltschutz ist Heimatschutz“, „Umwelt & Heimat schützen!“ oder „volkstreu und grün“ – mit solchen oder ähnlichen Slogans zielen die Autor*innen auf den Naturschutz. Sie wollen ihn beeinflussen und so ihre Politik für die Mehrheitsgesellschaft anschlussfähig machen. Dabei nutzen sie zwar den Begriff des eher technisch ausgerichteten Umweltschutzes, zielen aber auf den Naturschutz im engeren Sinne. Das Prinzip der „Metapolitik“ formuliert die rechtsextreme Partei DER DRITTE WEG (o. J.), wenn sie „Umweltschutz ist Heimatschutz“ postuliert:

> „Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und die Förderung der Gesundheit.“

Wer im Naturschutz wollte nicht sofort die Forderung nach der „Schaffung bzw. Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt“ unterstützen, ist dies doch eines seiner Kernanliegen. Doch die Vorstellung des DRITTEN WEGES zielt nicht auf eine lebenswerte Umwelt in einer offenen und pluralistischen demokratischen Gesellschaft. Nicht nur als Beipack ist dieses Verlangen kombiniert mit dem klassischen Rassismus: „die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ – die „Blut-und-Boden“-Ideologie der Nationalsozialisten – hier findet sie sich heute in Reinkultur wieder.

III. Diskurse und Einflugschneisen rechter Interventionen auf den NABU

Seit dem Aufkommen der Fridays-for-Future-Bewegung 2017 und nach der Flutkatastrophe im Sommer 2021 beherrscht ein Thema die gesellschaftlichen und politischen Debatten: Wie kann eine weitere Erderwärmung begrenzt bzw. gestoppt werden? Das neurechte Lager nimmt zwar in diesen Debatten mit Blick auf den Klimaschutz keine einheitliche Position ein. Während sich die AfD eindeutig auf die Seite der Klimaleugner geschlagen hat, positionieren sich Identitäre, DER DRITTE WEG und andere Neurechte nicht ganz so eindeutig.
Doch in einem Punkt ist sich das neurechte Lager seit 2018 einig: In dem Zielkonflikt, der sich aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien und einem konsequenten Artenschutz ergibt, ergreifen sie eindeutig Partei zugunsten des Artenschutzes und biedern sich als vermeintliche Kümmerer und Unterstützer an. Diese Positionierungen zugunsten des Artenschutzes und gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien wird in den nächsten thematischen Kapiteln immer wieder in neuen Variationen eine Rolle spielen. Die neue Rechte hat dabei ihr Konzept der „Metapolitik“ stets vor Augen: Das Thema beziehungsweise die Unterstützung dienen allein dem Ziel, ihre im Kern menschenrechtsverachtende Ideologie in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren. Die Positionierung zugunsten des Artenschutzes ist also nur Mittel zum Zweck.

1. Artenschutz – statt Klimaschutz?

„Artenmassaker im Namen des Klimaschutzes
Wenn das wirklich ernst gemeint sein sollte [Beschränkung des Naturschutzes zugunsten des Ausbaus der Windenergie], dann dürfte die nächste Generation an Kindern in Deutschland wohl aufwachsen, ohne je einen Greifvogel in der freien Natur beobachtet zu haben. Eine weitere Zerstörung ihrer knappen Lebensräume insbesondere in den auch von den Windkraftanlagenbetreibern besonders begehrten Mittelgebirgslagen werden diese Tiere nämlich wohl nicht mehr überleben.
Die dystopische Vision einer Welt ohne Vögel, die die Biologin Rachel Carson in ihrem 1962 erschienenen Buch Silent Spring ausmalte, droht nun Wirklichkeit zu werden – aber ausgerechnet im Namen einer neuen Öko-Diktatur, die in den sechziger Jahren noch unvorstellbar war.“
(Sven Reuth: Altmaier (CDU) dreht durch: Artenschutz soll für Windräder gestrichen werden – Adler bald nur noch im Zoo? In: Compact, 06.10.2019)

Artenschutz mobilisiert. „Rettet die Bienen!“ – die beliebten und charismatischen Fluginsekten („Biene Maja“) mobilisierten 2019 in Bayern 1,7 Millionen Menschen, die das dortige Artenschutz-Volksbegehren unterstützten. Dabei ist das Bemühen um den Schutz von bedrohten Arten so alt wie der Naturschutz selbst. Genauso alt ist aber auch das Wissen um die Hauptursachen für den Rückgang der Populationen. Er ist vor allem in dem stetigen Drang nach Ertragssteigerung in der Land- und Forstwirtschaft, dem ungezügelten Eintrag von Schadstoffen in die Natur und in dem stetig wachsenden Flächenverbrauch begründet. Die Methoden des Artenschutzes haben sich zwar immer wieder gewandelt. Gleichwohl – und dies hat unter anderem 2018 eindrucksvoll die Studie des Entomologischen Vereins Krefeld zum Rückgang der Fluginsekten gezeigt *(https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0185809)* – ist es bisher nicht gelungen, den Artenrückgang bzw. -schwund zu stoppen.

Artenschutz als Interventionsfeld der Rechten

An das Mobilisierungspotenzial des Artenschutzes, das sich 2019 beim Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ eindrucksvoll gezeigt hat, knüpfen neurechte Interventionen an. Magazine wie Compact oder Online-Plattformen segeln im Windschatten dieses Erfolgs. Die Biene ist danach das *„politischste Tier der Gegenwart“*. Sie habe *„die Vorkämpferrolle vieler namenloser Arten“* angenommen. Sie sei also eine Art *„Jeanne d’Arc der Insekten“ (Hofer 2019).*
Die Ursache für das moderne „Artenmassaker“ sind dem Leitzitat zufolge der Klimaschutz und, wie sich bald aus dem folgenden Text ergibt, konkret der Ausbau der

Windkraftanlagen. Im Folgenden argumentiert der Beitrag dann mit der 1962 von Rachel Carson geprägten wirkungsmächtigen Metapher des „stummen Frühlings“ – also eines Frühlings ohne den Gesang der Vögel.
Tatsächlich zeigte die US-Biologin Carson, eine der Ikonen des Naturschutzes, damals in ihrem Buch „The Silent Spring“ die gravierenden Folgen des DDT-Einsatzes auf die Fauna, aber auch die menschliche Gesundheit auf. Anders als damals sei, so die neurechte Intervention, für das heutige „Artenmassaker“ und damit einen drohenden „stummer Frühling“ eine „neue Öko-Diktatur“ verantwortlich.
Solche und ähnliche Interventionen, die den Artenschutz gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien in Stellung bringen, erfolgen zuhauf und in steter Folge.

Wo ist das Problem?

Unverkennbar fallen den Windkraftanlagen zahlreiche Insekten, Vögel oder Fledermäuse zum Opfer. Auch NABU-Studien haben dies immer wieder nachgewiesen. Doch gerade der Hinweis auf Rachel Carson im Leitzitat zeigt, dass hier nicht nur Äpfel mit Birnen verglichen werden, sondern ein sehr viel bedeutenderer Grund für das Artensterben, auf den gerade Rachel Carson hingewiesen hatte, unter den Teppich gekehrt wird, nämlich der Chemikalieneinsatz durch die Landwirtschaft. Zwar wird anders als damals DDT in den Industrieländern nicht mehr eingesetzt, doch ungehindert erfolgt weiterhin ein hoher Eintrag von Pestiziden, Herbiziden, Insektiziden, Fungiziden etc. Verglichen mit den alltäglichen Folgen des Chemieeinsatzes der konventionellen Landwirtschaft stellt das durch Windkraftanlagen verursachte Artensterben eine Marginalie dar.
Das Problem, die Konflikte zwischen dem notwendigen Artenschutz und dem ebenso notwendigen Ausbau von Windkraftanlagen beziehungsweise anderen raumgreifenden Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu minimieren, ist sicherlich noch nicht abschließend gelöst. Doch die neurechten Interventionen dienten nicht einem konkreten Schutz von Arten bei der Lösung des Klimaproblems, sondern verfolgen das Ziel, den Artenschutz zu instrumentalisieren, um ihn grundsätzlich in Stellung gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bringen. Ziel der Interventionen ist also nicht ein selbstloser Artenschutz, sondern die Spaltung. Kooperationsangebote von neurechter Seite verbieten sich nicht nur wegen der menschenrechtsfeindlichen Grundeinstellung der Akteure. So geartete Unterstützungen bringen zudem das Problem einer Lösung nicht näher und diskreditieren das Anliegen des Schutzes der Arten gesellschaftlich.

2. Kulturlandschaft

> „Für den Betrieb von Biogasanlagen (Biomasse) mußten beispielsweise Ackerbrachen und Blühwiesen mit ihren Wildkräutern und den darin lebenden Tieren dem Anbau von Mais- und Rapsmonokulturen weichen. Damit schrumpfen die Lebensräume für Rebhuhn, Feldlerche, Kiebitz, Goldammer und anderer Feldvögel. […] Beispielhaft für den Niedergang der Artenvielfalt ist auch ein noch vor wenigen Jahrzehnten massenhaft vorkommender Bewohner von Feld und Flur, der Feldhamster, der sich in Deutschland leise verabschiedet. Seine Lebensräume – kleinstrukturierte Äcker mit unterschiedlichen Feldfrüchten und Getreidefelder mit Mohnblumen – sind eine Seltenheit geworden. Dagegen prägen maschinengerechte und pestizidbelastete Monokulturen auf Großflächen unser heutiges Landschaftsbild.“ *(Lotta Bergmann: Nachhaltiges Aussterben. – In: Die Kehre 2020 (2): 42–47)*

Der zunehmende Verlust von vielgestaltiger und artenreicher Kulturlandschaft war ein ganz wesentliches Motiv, weshalb Menschen sich im ausgehenden 19. Jahrhundert für den Schutz der Natur engagierten und bald auch immer größer werdende Vereine und Verbände gründeten. Der Naturschutz hat bis 1945 in nicht unwesentlichen Teilen gerade im Zusammenhang mit dem Schutz der Kulturlandschaft lange Zeit Irrwege beschritten. Seine völkischen Teile luden die „deutsche Kulturlandschaft“ kulturell-rassistisch auf, während sie die Kulturlandschaften anderer, insbesondere osteuropäischer Staaten als minderwertig denunzierten. Der heutige Kulturlandschaftsschutz orientiert sich sowohl an kulturell-ästhetischen (Vielfalt, Eigenart und Schönheit) als auch an Aspekten des Biodiversitätsschutzes. Auf beides zielt das Leitzitat in unterschiedlicher Intensität.

Kulturlandschaft als Interventionsfeld der Rechten

Die alte Rechte, wie die NPD oder die DVU, knüpfte offen und offensiv an frühere völkische Kulturlandschaftsvorstellungen des historischen Naturschutzes an. Kleinere rechtsextreme Gruppierungen wie die Neu-Artamanen oder die Anastasia-Bewegung stellen sich heute in diese Tradition. Sie kaufen in strukturschwachen und dünnbesiedelten Regionen gezielt Höfe auf und siedeln sich dort an. Die „völkische Landnahme“ zielt unter anderem auch darauf, dort in den Dörfern das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben zu prägen – in einigen kleineren Ortschaften mit hohem Abwanderungsdruck mit Erfolg.

Im Gegensatz dazu docken Neurechte hinsichtlich des Kulturlandschaftsschutzes an eines der Ziele des Bundesnaturschutzgesetzes an, nämlich die „dauerhafte Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheiten“ von Natur und Landschaft. Sie stellen aber auch erneut eine Verbindung zum Ausbau der erneuerbaren Energien her, ohne auf die Beeinflussung des Landschaftsbildes durch andere Formen der Energiegewinnung und -nutzung, wie zum Beispiel Überlandleitungen, Umspannwerke und Tagebaue, einzugehen.

> „Grundsätzlich ist es sinnvoll und richtig, fossile Energien durch alternative zu ersetzen – dies sollte jedoch mit Augenmaß und mit Hilfe anderer, bereits noch vorhandener Quellen geschehen. Indes wird unter dem Deckmantel des ominösen Klimaschutzes überstürzt und unübersehbar nicht nur unsere Landschaft radikal verändert und in ihrer ehemaligen Vielfalt, Eigenart und Schönheit zerstört, sondern mit ihr auch die entsprechende Flora und Fauna.“ *(Bergmann 2020a)*

Anders als die Altrechten vermeiden die Neurechten den direkten Hinweis auf das „Deutsche“ an beziehungsweise in der Kulturlandschaft. Stattdessen beklagen die Neurechten, dass die von den Bundesregierungen seit 2011 betriebene Energiewende einen solchen Druck auf den Agrarsektor ausgeübt habe, dass dieser die Kulturlandschaft massiv verändert habe. *„Energiepflanzen“* wie Mais oder Raps und *„Biogasanlagen prägten zusehends das Landschaftsbild ganzer Regionen“* und dies ginge nicht selten *„auf Kosten von Grün- und Brachland, der wichtigsten Lebensräume für nahezu alle Tier- und Pflanzenarten im Umfeld der Landwirtschaft.“ (Bergmann 2020a)*

Wo ist das Problem?

Solche Äußerungen, wie exemplarisch in der „Kehre“ angeführt, erscheinen zunächst unverdächtig. Ähnliche Darstellungen sind auch im demokratischen Naturschutz verbreitet. Sie stehen dafür, dass es zahlreiche Zielkonflikte zwischen Natur-, Tier- und Klimaschutz gibt, die als konkrete Herausforderungen aufgenommen und bearbeitet werden müssen. Diese Zielkonflikte wollen die neuen Rechten aber nicht durch Abwägungsprozesse einer Lösung zuführen, sondern bewusst vertiefen. Dies geschieht ausschließlich im Sinne ihrer „Metapolitik“ aus strategischen Gründen, das heißt, sie zielen auf diesem Feld auf die Themen- und Deutungsführerschaft, um so vermeintlich unpolitische Menschen für ihre Denkansätze zu gewinnen.

Deshalb reden Neurechte unterschiedlichen Zielgruppen in diesen Konflikten auch „nach dem Munde“. Gegenüber Naturschützer*innen betont man die Landschaftsästhetik und den Artenschutz. Den Landwirt*innen dagegen biedert man sich als verständnisvolle Unterstützer an:

> „Aber was bleibt den Landwirten auch anderes übrig? Durch die Globalisierung müssen deutsche Landwirte heute mit Agrarproduzenten auf der ganzen Welt konkurrieren. Und genau hier gestalten sich die vielen Auflagen und Vorschriften als Grund dafür, dass jedes Jahr tausende Bauern in Deutschland ihren Beruf an den Nagel hängen – schlicht, weil es sich nicht mehr rechnet. Denn die strengen Umweltauflagen treiben den Preis in die Höhe.“ *(Schumacher 2019)*

Neurechte betonen also gegenüber dem Naturschutz, dass sie für den Schutz der Artenvielfalt in der Kulturlandschaft eintreten, während sie sich in Landwirtschaftskreisen über die *„strengen Umweltauflagen“* mokieren, denen die Produktion unterworfen sei. Mit Letzterem vertreten sie aber eine Stoßrichtung, die sich eindeutig gegen eine naturverträgliche Landwirtschaft und damit gegen den Naturschutz im Allgemeinen und die Kulturlandschaftspflege im Besonderen richtet. Beides passt aber nicht zusammen. Die angebotene Unterstützung erfolgt nicht, um den Artenschutz zu unterstützen, sondern rein strategisch im Sinne der „Metapolitik“. Naturschutz ist Mittel zum Zweck, um demokratiezerstörerischen Einfluss auf die Mitte der Gesellschaft zu erringen.

3. Heimat

> „Heimat fußt letzten Endes immer auf einer geistigen Gemeinschaft, der man zugehörig ist, wie einem Volk – oder im kleineren Rahmen – einer Familie. Diese geistige Gemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie den einzelnen Menschen in einen größeren Zusammenhang stellt, eben dadurch, dass sie ihn in eine große Erzählung einbettet, die ihm Identität verleiht. Identität aber ist wichtig für den Menschen, nur wenn er weiß, wo er herkommt, wird es ihm möglich sein, seine Zukunft selbstbestimmt zu gestalten.
> Heimat ist ein Gefühl der Verbundenheit. Zu Land und Leuten. Dort fühlt er sich geborgen, dort kennt er den Umgang, die Gepflogenheiten, die Sitten und Gebräuche und ist Teil davon. Daher ist es umso wichtiger, diese geistige Heimat des Menschen zu pflegen und zu schützen gegen

jeden korrosiven Einfluss. Dieses Gefühl steigert die Bereitschaft, sich dafür einzusetzen, weil man sich als Teil des Ganzen versteht.“ *(Christian Schumacher: Der neugrüne Heimat-Patriotismus. – In: Blaue Narzisse, 17.10.2017)*

Was heute im Naturschutz kaum noch bekannt ist: Heimat- und Naturschutzbewegung waren in ihrer Gründungsphase zwei Seiten einer Medaille und bis in die 1970er-Jahre eng verbunden. Seit einigen Jahren haben Heimatdebatten wieder Konjunktur. Hier zeigt sich, dass um die Deutungshoheit zweier diametral verschiedener Verständnisse von „Heimat“ gerungen wird. Einem dynamischen Verständnis zufolge ist „Heimat“ eine Nahwelt, die offen für alle ist, die dort leben und mitgestalten wollen. Dagegen steht eine statische und ausgrenzende Vorstellung von „Heimat“. Danach dürfen sich nur diejenigen „Heimat“ für sich reklamieren, die ihnen qua Herkunft und spezieller Merkmale zugesprochen wird. Dass „Heimat“ in den politischen und gesellschaftlichen Debatten höchst umstritten war und ist, ergibt sich aus der Geschichte. Denn dem Kulturwissenschaftler Friedemann Schmoll zufolge zeichnete sich „Heimat“ stets durch eine Zwiespältigkeit aus, die er auf die Formel „Bewahren und Vernichten, Fürsorge und Verbrechen“ (Schmoll) bringt.
Diese Janusköpfigkeit legte dem Natur- und Heimatschutz schon einer seiner maßgeblichen Väter, Ernst Rudorff (1840–1916), in die Wiege: Zwar erklärte er *„Jeder Mensch sollte lernen, sich irgendwo zu Hause zu fühlen“*, doch gleichzeitig lehnte er Veränderungen grundsätzlich ab: *„Dinge und Menschen sollen dort bleiben, wo sie hingehören“*. Allerdings hatte Rudorff von Anfang an nicht *„jede[n] Menschen“* im Blick. Das Bestehende wollte er gegen vermeintliche „äußere“ Einflüsse abschotten: gegen die romgläubigen Katholiken, gegen die international ausgerichtete Sozialdemokratie oder gegen jüdische Deutsche. Rudorff lud den Natur- und Heimatschutz völkisch auf. Das „Eigene“ musste vor dem „Fremden“ geschützt werden. Rudorff war keine Ausnahme. In frühen Heimat- und Naturschutzdebatten waren menschenrechtsfeindliche Positionen verbreitet. Seit der Weimarer Republik dominierten sie den Naturschutz. Er unterstützte den Aufstieg und nach 1933 die Herrschaft des NS-Regimes: Neben im Naturschutz tief verankerten **→ Biologismen** legitimierte ein völkisches Heimatverständnis die Rassenpolitik und -hygiene der Nationalsozialisten, die in Massenmorden endeten.

Heimat als altes und neues Interventionsfeld der Rechten

Bei neurechten Akteuren spielt „Heimat“ eine zentrale Rolle. Das Heimatverständnis der alten Rechten war offen völkisch-rassistisch und grenzte alles „Fremde“ per se als „undeutsch“ aus. Die ethnopluralistischen Neurechten haben erkannt, dass sie ein breiteres Publikum nur dann erreichen können, wenn sie nicht mehr offen rassistisch argumentieren. Deshalb haben sie ihre Strategie geändert und kaschieren ihre menschenrechtsfeindliche Ausgrenzungspolitik nun kulturell. So lautet, wie bereits zuvor erwähnt, ein beliebter Slogan: *„Wir lieben das Fremde – in der Fremde.“*
Das aus der neurechten Online-Plattform „Blaue Narzisse“ stammende Leitzitat erscheint auf den ersten Blick für Demokrat*innen wenig irritierend. Einige verwendete Begrifflichkeiten, wie *„Sitten und Gebräuche“* und *„geistige Gemeinschaft“*, gehören zwar nicht unbedingt zum aktiven Wortschatz in einer liberal-demokratischen Gesellschaft, ließen sich aber noch als eine konservativ-demokratische Positionierung lesen.
Wo also zeigt sich der menschenrechtsfeindliche, kulturell verbrämte Ethnopluralismus? Was verstehen Neurechte wie im Leitzitat darunter, Heimat fuße auf einer *„geistigen Gemeinschaft“*? *„Geistige Gemeinschaft“* ergebe sich dadurch, *„dass sie den einzelnen Menschen in einen größeren Zusammenhang“* stelle. Dies meine ein *„Gefühl der Verbundenheit. Zu Land und Leuten. Dort fühlt er* [der Mensch] *sich geborgen, dort kennt er den Umgang, die Gepflogenheiten, die Sitten und Gebräuche und ist Teil davon.“* Offenbar liegt alledem ein statisches Natur- und Gesellschaftsverständnis zugrunde. Von dort docken sie an das von Rudorff entwickelte ausgrenzende Heimatverständnis an. Zwar haben sich die Feindbilder teilweise gewandelt, der Grundgedanke ist den Neurechten aber geblieben: *„Daher ist es umso wichtiger, diese geistige Heimat des Menschen zu pflegen und zu schützen gegen jeden korrosiven Einfluss.“* Die „Rettung“ bringt, wie es später heißt, die Kultur: *„Nur durch die Kultur werden Normen und Werte innerhalb einer Gemeinschaft zur Norm erhoben, an die es sich zu halten gilt.“*
Die *„Normen und Werte“* leiten Neurechte anders als demokratische Naturschützer*innen aber nicht aus den allgemeinen und universellen Menschenrechten bzw. den Grundprinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität ab. Vielmehr bestehen sie darauf, dass das Prinzip der kulturellen Reinheit absoluten Vorrang hat. Alles andere wirke *„korrosiv“*. Was konkret *„korrosiv“*, also zerstörend wirke, wird erst im weiteren Verlauf des Textes deutlich: *„Jeder, der also an dieser geistigen Gemeinschaft, die nur durch eine spezifische Kultur und Tradition zusammengehalten wird, herumdoktert, sägt an dem Ast, auf dem er (oder sie) sitzt.“* Doch wer sägt an diesem Ast? Wenn man für *„Multikulturalismus und offene Grenzen“* eintrete, dann verstoße man dagegen, *„das deutsche Volk [zu] erhalten und damit den kulturellen Rahmen, der Geborgenheit und Sicherheit“* zu geben.

Wo ist das Problem?

Im Leitzitat und in anderen neurechten Debattenbeiträgen lebt ein altes ausgrenzend-rassistisches Heimatverständnis fort, nun aber als *„geistige Gemeinschaft“* kaschiert. Warum also soll der Naturschutz den belasteten Heimatbegriff weiterverwenden? Gerade weil früher im Naturschutz solche ausgrenzende Heimatvorstellungen verbreitet waren, ja man sich an aktiver Ausgrenzung beteiligte, ist hier ein genaues Hinschauen bzw. Hinhören gefordert. Ließe sich nicht gerade im Naturschutz aus der belasteten Vergangenheit des Heimatverständnisses besser der Schluss ziehen, dass der Begriff der „Heimat“ so diskreditiert ist, dass man ihn als Argument für den Naturschutz aussondert?
Dies erscheint nicht sinnvoll, weil „Heimat“ trotz der oder unabhängig von den kontrovers geführten politischen und gesellschaftlichen Debatten und der historischen Belastung für sehr viele Menschen ein wichtiger Bezugspunkt ist. Repräsentative Umfragen ergaben 2018, dass für 92 Prozent der Befragten „Heimat“ positiv besetzt ist, und 60 Prozent „Heimat“ gefährdet sehen, weil die Natur immer stärker zurückgedrängt werde. Verzichtete der Naturschutz auf das Heimat-Argument, dann überließe er den Neurechten kampflos die Deutungshoheit über den Begriff. Dies erscheint nicht nur aus gesamtgesellschaftlichen Gründen falsch, denn für den Naturschutz bleibt das Heimat-Argument nicht zuletzt wegen der im Bundesnaturschutzgesetz als Ziel verankerten „dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft“ bedeutend.
Demokratische Kräfte haben in den letzten Jahren auch als Reaktion auf rechte Versuche, die Deutungshoheit über den Begriff „Heimat“ zu erlangen, eine breite Debatte angestoßen. Danach schließt „Heimat“ grundsätzlich die Ausgrenzung anderer aus. In einem emanzipatorischen Sinne ist Heimat nicht mehr statisch, sondern in Bewegung. „Heimat“ ist integrativ, offen und einladend. „Heimat“ ist gleichsam ein Forum für die Mitgestaltung der Nahwelt. Im Kontext eines offenen Heimatverständnisses diskutieren Menschen darüber, wie sie in der Nahwelt nicht nur ihr soziales und kulturelles Leben gestalten wollen, sondern auch wie Natur und Landschaft geschützt, gestaltet oder weiterentwickelt werden sollen. „Heimat ist offen, aber nicht beliebig“ – so hat es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2017 auf den Punkt gebracht. Ein positiver Heimatbegriff und alte Rechte bzw. die kulturell neu gerahmte ethnopluralistische Neurechte schließen sich aus. Diese Unvereinbarkeit gilt ganz besonders für einen demokratischen, den Menschenrechten verpflichteten Naturschutz.

4. Mythos des deutschen Waldes oder: Gefährdeter „deutscher Wald“?

„**Märchenwald in Gefahr**
[…] Es geht um den berühmten Reinhardswald in Nordhessen (Landkreis Kassel), der auch als Gebrüder-Grimm-Wald oder Märchenwald bekannt ist.
[…] Abseits der medialen Aufmerksamkeit, deren Lieblingsthema bekanntlich das ‚Klima‘ und weniger die Natur ist, bahnt sich hier eine ökologische Katastrophe an. Aus mehreren Gründen richten Windkraftanlagen in Wäldern besonders große Schäden an: Breite Schneisen müssen geschlagen werden, das macht den Wald zum Beispiel anfälliger für Sturmschäden und Austrocknung;[…] die Anlagen befinden sich in unmittelbarer Nähe zu vielen Tieren und gefährden deren Lebensgrundlage; Vögel wie der Rotmilan, dessen Bestände bereits jetzt gefährdet sind, werden regelmäßig von den Rotorblättern erschlagen; und schließlich führen Windräder zu einer enorm steigenden Waldbrandgefahr (aufgrund von Kurzschlüssen oder Blitzeinschlägen kommt es bei einzelnen Anlagen immer wieder zu gefährlichen Bränden).
[…] Im Falle des Reinhardswaldes geht es politisch hingegen um die Durchsetzung der Regierungsagenda ‚Energiewende‘, die eng mit den Interessen der Erneuerbare-Energien-Industrie verknüpft ist, die wiederum beste Beziehungen zur etablierten Politik pflegt.
[…] Wer sich für die Erhaltung dieses sowohl in kultureller wie auch in ökologischer Hinsicht so wertvollen Waldes interessiert, kann sich also auf dem Weg der Bürgerbeteiligung einbringen. Rotkäppchen und Dornröschen begrüßen das ganz sicher.“ *(Armin Fröhlich: Märchenwald in Gefahr. – In: Die Kehre 2020)*

Während der Corona-Pandemie strömten Menschen in die Wälder, um sich in der Natur zu erholen, um der Naturerlebnisse willen. Die Deutschen und „ihr Wald“ – dieser Mythos besteht spätestens seit der Romantik. Die im Leitzitat genannten Gebrüder Grimm trugen über Märchensammlungen maßgeblich dazu bei.
Dieser Mythos prägte auch den Naturschutz. Ihn bestimmte zu Beginn eine völkische Aufladung, stand der Wald doch für Rudorff für das „innige und tiefe Gefühl für die Natur“, in dem „die Wurzeln des germanischen Wesens“ lägen. Aber auch Artenschutzgründe motivierten zum Waldschutz. Ein „Merkbuch“ über gefährdete Waldbäume gab den Startschuss zur Etablierung des staatlichen Naturschutzes in

Deutschland. Allerdings gewann der völkische Gedanke seit der Weimarer Republik die Oberhand. So lud der Direktor der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege, Walther Schoenichen, den Wald religiös auf: *„Nicht Halle, nicht Tempel – der heilige Hain war unsern Altvordern die Stätte, wo sie in weihevoller Ergriffenheit die Nähe der Gottheit verspürten. [...] Diese Naturverbundenheit muß auch in Zukunft Merkmal unserer Rasse bleiben […]“*. Dies war sofort kompatibel mit den mythologischen Aufladungen des Waldes durch die Nationalsozialisten. Doch ab 1936 schaltete das NS-Regime auf Kriegsvorbereitung um und setzte damit ganz auf Autarkie. Wald war fortan in erster Linie eine Quelle der wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Wald als Interventionsfeld der Rechten

Die alte Rechte knüpfte ungebrochen an diese völkischen Naturschutztraditionen vom Mythos Wald an. Auch für die Argumentation der Neurechten, in der Ethnopluralisten den Ton angeben, spielt der Mythos Wald weiterhin eine Rolle. So ist im Leitzitat einführend vom „Märchenwald“ die Rede, und im Kampf um den Hambacher Wald bezeichnet der DER DRITTE WEG diesen als *„Wunderwerk der Natur“* und dass man *„diesem ehrwürdigen Ort mit Demut, Dankbarkeit und Hochachtung“* begegnen müsse (DER DRITTE WEG 2018b). Doch anders als die alte argumentiert die neue Rechte vermehrt mit dem Artenschutz: Im Leitzitat spielen gefährdete Arten die bestimmende Rolle. Wieder bringen die Neurechten – dieses Mal bezogen auf den Wald – den Artenschutz gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien in Stellung.

Wo ist das Problem?

Welche Naturschützerin, welcher Naturschützer würde den im Leitzitat angeführten Artenschutzargumenten inhaltlich widersprechen? Doch auch Menschen, die den Wald vor allem als Kulturraum wahrnehmen, dürften hellhörig werden. Geht es den Neurechten wirklich um den Schutz des Waldes oder ist der Wald nur Mittel zum Zweck? Was sind die politischen bzw. strategischen Ziele?
Politisch zielen die Unterstützungsinitiativen der Neurechten darauf, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu diskreditieren. So beklagt der DRITTE WEG die Dominanz der Klimadebatte gegenüber dem Naturschutz und fordert die eigentlich richtige unbedingte Beachtung des Artenschutzes ein. Doch wieder zeigt sich wie beim Kulturlandschaftsschutz eine widersprüchliche Argumentation. In ihrer Grundsatzprogrammatik vertritt die Partei nämlich das Gegenteil. In ihrem *„Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik“* fordert DER DRITTE WEG volkswirtschaftliche Autarkie (DER DRITTE WEG 2019). Um dieses Ziel zu erreichen, trügen die *„erneuerbaren Energien zu einer größeren Unabhängigkeit Deutschlands vom Ausland bei“*, sodass die *„Forderung nach dem konsequenten Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien ein logischer Bestandteil des Zieles einer raumgebundenen Volkswirtschaft“* sei. Hier stehen Neurechte in der Tradition der Nationalsozialisten. So wie es dem NS-Regime nicht um eine nachhaltige Forstwirtschaft oder gar Wildnis im Wald ging, sondern letztlich um Autarkie, geht es ihnen in Wirklichkeit nicht um Wald- und Artenschutz, sondern auch um Autarkie.

5. Überbevölkerung

> **„1. ‚Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme.‘**
> Die Weltbevölkerung steuert im 22. [!] Jahrhundert auf zwölf Milliarden Menschen zu. Gegen den gigantischen Anstieg der Energienachfrage sind daher die erneuerbaren Energien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hunderte Millionen neuer Fleischesser, Hygieneartikelnutzer, Autofahrer und Smartphonebesitzer wird das Ökosystem kaum verkraften können. Die Weltbevölkerung muß folglich auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden – andernfalls droht ein irreversibler Öko-Kollaps. […]
>
> **7. ‚Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik.‘**
> Laut der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung wächst Afrika wöchentlich um 1,2 Millionen Menschen. Was die Bundesrepublik seit Herbst 2015 an Migranten aufgenommen hat, ist dort innerhalb von zehn Tagen nachgeboren. Solange Afrika seinen Menschenüberschuß nach außen ableiten kann, ist ein Ende der Bevölkerungsexplosion nicht zu erwarten. Versiegen die Migrationsrouten – insbesondere nach Europa – werden die afrikanischen Staaten über kurz oder lang zur Anpassung gezwungen. Zudem würde die weitere Auffüllung von ohnehin dicht besiedelten europäischen Gebieten gestoppt, in denen der ‚ökologische Fußabdruck‘ (Rolf Peter Sieferle) eines Menschen ungleich höher ist als in Afrika.“ *(Recherche Dresden 2019)*

„Das Boot ist voll“ – dies ist bei Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen, aber auch darüber hinaus nicht erst seit den Debatten um die Flüchtlingspolitik ein gängi-

ges Bild. Diese Vorstellung folgt der neomalthusianischen Bevölkerungstheorie, wonach ein ständiger Anstieg der Bevölkerung nicht mit einer entsprechenden Steigerung der Nahrungsmittelproduktion einhergehen kann. Selbst in heutigen ökologischen Debatten stößt man immer wieder auf solche, leicht abgewandelte Vorstellungen. So initiierte Ende 2014 eine Öko-Gruppe die „Ecopop"-Volksabstimmung in der Schweiz. „Ecopop" steht für „Écologie et population". Aus Gründen der Ökologie dürfe die Zahl der in der Schweiz Lebenden nicht weiter steigen, denn dies würde unter anderem zu einer weiteren Zersiedelung führen und dies wiederum bedrohe die Kulturlandschaft (Steinfeld 2014). Und von neomalthusianischen Vorstellungen scheinen sich selbst Akteure, die sich als „linke Ökologen" verstehen, nicht frei machen zu können, wenn sie im Kontext des Anstiegs der Weltbevölkerung mit Metaphern wie der „vollen Erde" *(Leitschuh et al. 2020: 12)* argumentieren. Sie perpetuieren damit indirekt – sicherlich ungewollt – das Bild des „vollen Bootes".

Überbevölkerung als Interventionsfeld der Rechten

Neurechte verbandeln heutige Debatten um die Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik mit Umwelt- und Naturschutzthemen: *„Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme"* und *„Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik"* heißt es im Leitzitat. Ganz neu ist dieser Gedanke in der rechten Szene allerdings nicht, denn man beruft sich gerne auf eine der frühen Leitfiguren der modernen Öko-Bewegung: „Die Kehre" lobt Herbert Gruhl (1921–1993) dafür, dass er sich bereits in den 1980er-Jahren aufgrund seines *„unbestechlichen Weitblick[s] aus ökologischen Gründen gegen die Einwanderung nach Deutschland ausgesprochen"* habe *(Bergmann 2020b).*
Ein Hauptargument im Kontext Überbevölkerung ist das des ökologischen Fußabdrucks, also eines, das zum Standardrepertoire des Umwelt- und Naturschutzes zählt. Die 7. These des Leitzitats lädt dieses Argument durch eine Verknüpfung mit der Bevölkerungsproblematik rassistisch auf, indem sie mit der *„ökologischen Tragfähigkeit"*, das heißt der Übernutzung der Natur, vermengt wird: So heißt es in der „Kehre":

> „Dabei bezeichnet ‚ökologische Tragfähigkeit' die maximale Zahl an Organismen, Arten oder Populationen, die in einem Lebensraum (Biotop) existieren können, ohne diesen nachhaltig zu schädigen." *(Bergmann 2020b)*

Populationen bezieht „Die Kehre" aber nicht nur auf Fauna und Flora, sondern auch ausdrücklich auf Menschen. Auf Deutschland übertragen hieße dies, dass angesichts der Bevölkerungszahl die Grenzen der *„ökologischen Tragfähigkeit"* seit Langem überschritten seien. Deshalb müsse, ganz den Gedanken Gruhls folgend, jedwede Art der Zuwanderung gestoppt werden. Diesem Gedanken verweigere sich aber die Umwelt- und Naturschutzbewegung: *„Überbevölkerung ist ein Tabuthema, das man lieber ausspart, statt es problemorientiert in den Fokus zu nehmen."* (ebd.).
So habe man bisher nicht realisiert, dass sich der *„ökologische Fußabdruck"* in Deutschland und Europa aufgrund der „Millionen ‚Flüchtlinge'" seit dem Sommer 2015 erheblich erhöht, denn deren *„Konsumniveau"* liege nun deutlich über dem in ihren Ursprungsländern *(Schick 2020).* Einem solchem Denken folgend, liegt deshalb scheinbar der Schluss der 7. Leitthese aus dem Eingangszitat nahe: *„Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik."*
Der Hinweis auf die Überbevölkerungsproblematik nutzen Neurechte mittelbar auch im Kontext eines Zielkonflikts zwischen Artenschutz und Klimaschutz durch Ausbau der erneuerbaren Energien:

> „Die Weltbevölkerung steuert im 22. [!] Jahrhundert auf zwölf Milliarden Menschen zu. Gegen den gigantischen Anstieg der Energienachfrage sind daher die erneuerbaren Energien nur ein Tropfen auf den heißen Stein." *(Bergmann 2020a: 33)*

Der diesen Argumentationen zugrunde liegende Subtext folgt rassistischen Motiven: Da die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern stattfinde, müssten die „Schotten dicht gemacht" werden.

Wo ist das Problem?

Anders als behauptet, setzt sich die Umwelt- und Naturschutzbewegung sehr wohl mit den Folgen des in vielen Teilen der Welt zu beobachtenden Anstiegs der Bevölkerung auseinander. Mit dem 1992 in Rio verabschiedeten Prinzip der Nachhaltigkeit und dessen letzter Operationalisierung durch die 17 „Sustainable Development Goals" (SDG) liegt ein integrierter Ansatz vor. Nicht *„sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik"*, wie die Neurechten behaupten, sondern ein an diesen 17 SDGs orientiertes Vorgehen. Die Verknüpfung der Bevölkerungsthematik mit der Migrationsdebatte verdeckt nicht nur den zugrunde liegenden Rassismus, sie lenkt auch von den eigentlichen Problemen ab, von denen hier nur zwei schlagwortartig

angedeutet seien: weltweite Gerechtigkeitsfragen, insbesondere im Kontext des Ressourcenverbrauchs (Stichwort „ökologischer Fußabdruck"), und nachhaltige Änderungen der Lebensstile. Umweltpolitik und Rassismus, auch wenn er kulturell im Sinne von „Wir lieben das Fremde – in der Fremde" auftritt, schließen sich aus.

6. Neobiota

> „Wir haben hier das Phänomen der Migration mit seinen typischen Folgen. Bei Tieren spricht man von ‚Neozoen' oder negativ bewertend von ‚invasiven Arten'. Der Prozeß verläuft immer nach dem gleichen Muster. Durch die modernen Verkehrswege werden fremde Arten eingeschleppt. Einige davon setzen sich dann fest und breiten sich unkontrolliert und zum Schaden der ansässigen Flora und Fauna aus. Die Forschung hat ergeben, welche Eigenschaften zu einer beunruhigenden Verbreitung führen:
>
> ‚Neobiota zeichnen sich meist durch typische Eigenschaften wie Anpassungsfähigkeit, hohe Fortpflanzungsrate und oft auch eine Assoziation mit Menschen aus. Diese Eigenschaften bestimmen im Zusammenspiel mit der Anfälligkeit des neuen Gebietes für biologische Invasoren und der Anzahl verschleppter Individuen die Erfolgswahrscheinlichkeit, mit der sich nach einem Ausbreitungsereignis eine stabile Population etabliert.' *(Quelle: Wikipedia)*
>
> Nach dem gleichen Schlüssel könnte man auch die ‚Invasibilität' von Zuwanderern in einem Volk bestimmen. Es setzen sich diejenigen durch, die sich in der Zivilisation am besten anpassen können, mit anderen Worten: die anspruchslosen und dickfelligen." *(DER DRITTE WEG 2015)*

In den Debatten um Neobiota nimmt der Umgang mit „invasiven Arten" eine zentrale Rolle ein. Nach dem Bundesnaturschutzgesetz und der EU-Verordnung „über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten" aus dem Jahr 2014 besteht das Ziel darin, die Verbreitung von Neobiota zu verhindern, zu kontrollieren und sie zu beseitigen. In historischen wie aktuellen Naturschutzdebatten zur Neobiota spielt wie auch im Kontext **→ Heimat** oder um **→ Artenschutz** die Entgegensetzung des „Heimischen" zum „Fremden" eine zentrale Rolle.

Neobiota als Interventionsfeld der Rechten

Die Interventionen der Neurechten auf dem Feld Neobiota basieren darauf, dass sie bei der Trennung in „heimisch" und „fremd" ansetzen. Sie übertragen Erkenntnisse aus der Natur im Sinne eines biologistischen Fehlschlusses unstatthafterweise 1:1 auf die menschliche, an Normen und Werten orientierte Gesellschaft und auf die Art und Weise des sozialen Zusammenlebens. Einwanderung sei dafür verantwortlich, dass die heimische deutsche Bevölkerung aussterbe.
Diese Argumentation zeigt sich auch im Leitzitat. Hier nimmt die rechtsextreme Partei DER DRITTE WEG die Forderung eines Natur- und Umweltschutzverbandes zum Anlass, mit Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung des Ochsenfrosches vorzugehen.
Die neue, stärker identitär oder ethnopluralistisch aufgestellte Rechte beruft sich dabei auch gerne auf irrlichternde frühere Naturschutzakteure wie die Verhaltensbiologen Konrad Lorenz und Irenäus Eibel-Eibesfeldt, die beide 1972 die „Gruppe Ökologie" mitgründeten. So argumentierte DER DRITTE WEG in der Flüchtlingsdebatte mit Eibel-Eibesfeldt. Er habe auf die *„Konkurrenz um Nahrung, Wohnraum, Betreuungsplätze, Arbeitsstellen, alleine der Platz in der U-Bahn oder der Platz im Park" verwiesen, die bereits „Auslöser von Aggressionen"* werden könnten:

> „Genau solch innerartliche Konkurrenz können wir in unserem dichtbesiedelten Land vorfinden. Die ökologische Belastbarkeit ist schon seit Jahrzehnten erreicht, weiß der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt, dennoch werden weitere Tausende Menschen, die sich auf einer Völkerwanderung von der ‚armen' in die ‚reiche' Welt befinden, aufgenommen." (DER DRITTE WEG 2018a)

Vor dem Hintergrund des rechten Arguments „das Boot ist voll" zeigt sich zudem eine der zentralen Gestalten der Identitären Bewegung, Felix Menzel, verwundert darüber, dass vor dem Hintergrund der *„linksgrünen Begeisterung für menschliche Massenmigration"* dort dennoch *„Furcht vor invasiven Arten"* gestreut werde. Richtig sei dagegen: *„Dieser Schutz hat dann allerdings nicht nur für Pflanzen und Tiere zu gelten, sondern für Völker ebenso." (Menzel 2019: 14)* Hier haben wir es mit einem klassischen biologistischen Fehlschluss zu tun, also mit einer direkten Übertragung biologischer Phänomene auf die Gesellschaft.

Wo ist das Problem?

Bei den Neobiota-Interventionen zeigt sich, anders als bei den meisten anderen Themenfeldern, offen und

unverblümt die menschenrechtsfeindliche Ausgrenzungspolitik. Der Kampf gegen das „Fremde“ steht im Mittelpunkt. Hier bieten Naturschutzdebatten allerdings auch ein offenes Einfallstor für die Anschlussfähigkeit rechter Denkmuster. Dies ist darin begründet, dass die Unterscheidung zwischen „heimischen“ und „fremden“ Arten im Naturschutz auf der Grundlage einer Wertung beruht, nämlich dass die „heimischen“ vor den „fremden“ Arten zu schützen seien.
Die Neobiota-Interventionen knüpfen also subtil an Naturschutzdiskussionen an. Sie legen es Naturschützer*innen nahe, die Schlussfolgerung zu ziehen, ihre Positionen zu unverkennbaren Problemen, die einige eingewanderte Arten Ökosystemen bereiten, im Sinne von Biologismen direkt auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen – und den Neurechten in ihrem menschenrechtsfeindlichen Hass gegen alles „Fremde“ zuzustimmen.
Für Naturschutzdebatten, seien sie nun wissenschaftlich oder praktisch, empfiehlt sich dringend eine „sprachliche Abrüstung“. Der Begriff der „invasiven Art“ ist, selbst wenn er aus der Wissenschaft stammt, keineswegs frei von einem (kulturell) wertenden Subtext. Konnotationen zum Militärischen sind nicht nur kaum zu vermeiden, sie liegen sogar sehr nahe. Darüber hinaus muss eine Übertragung der Thematik auf menschliche Gesellschaften abgelehnt werden. Schon allein deshalb, weil es, wie es in der jüngst veröffentlichten „Jenaer Erklärung“ heißt, keine verschiedenen Menschenrassen gibt, lässt sich die Neobiota-Debatte nicht auf die menschliche Gesellschaft übertragen. Es handelt sich hier ausschließlich um ein rassistisches Denkmuster, das durch Argumente aus der nur auf die Natur bezogenen Neobiota-Debatten des Naturschutzes legitimiert werden soll.
In der Sache bewegen sich die auf „ausmerzen“ zielenden Neobiota-Interventionen längst nicht mehr auf der Höhe der fachlichen Debatte. So plädiert der NABU-Kompass 2030 für Managementmaßnahmen, wenn neobiotische Arten andere Arten in ihrem Fortbestand bedrohen.

7. Bioregionalismus

> „Was ist eine Bioregion? Zunächst wohl kein bloßes Biotop, sondern eine naturräumliche Einheit, die in langen Zeiträumen von autochthonen Menschen zu einer vergleichsweise homogenen Kulturlandschaft gestaltet wurde und sich von benachbarten Regionen unterscheidet. Dabei schließt die Idee des Bioregionalismus auch den prägenden Charakter, ‚die Seele‘, einer Landschaft ein, die den Bewohnern eines Naturraumes und ihrer Kultur einen unverkennbaren Stempel aufdrückt. […]
>
> Der Bioregionalist muß des weiteren ein Auge darauf haben, ob die relative Einheit von Mensch und Raum nicht durch unkontrollierte Zuwanderung in einer multiethnischen und multikulturellen Beliebigkeit untergeht und damit der Bioregion die Humanbasis entzogen wird.“ (Clemens 1998: 70; 74f.)

In letzter Zeit setzten – auch aufgrund von aufgetretenen Versorgungsproblemen zu Beginn der Corona-Pandemie – wieder Debatten um Bioregionalismus ein. Die ersten Ideen entwickelten zu Beginn der 1970er-Jahre Basisgruppen in den USA. Einer ihrer Vorreiter definierte Bioregionen als „einen ökologischen Lebensraum, in dem alles Leben, also Menschen, Pflanzen und Tiere eine das Überleben sichernde Gemeinschaft bilden“. Das Konzept integrierte fortan Gedanken unseres heutigen Nachhaltigkeitsverständnisses. Ziel ist es, regional zu produzieren und die Produkte lokal-regional zu vermarkten. Die ökologische Landwirtschaft nimmt in diesem Konzept eine immer stärker werdende Rolle ein. Bioregionalismus ist prinzipiell mit Vorstellungen vereinbar, die man in der Natur- und Umweltschutzbewegung als regionale Wirtschaftskreisläufe diskutiert.

Bioregionalismus als Interventionsfeld der Rechten

Mit dem Naturschutz teilen viele gesellschaftliche Gruppen das Unbehagen an der Spätmoderne im Allgemeinen und an der Globalisierung im Besonderen. Die Bemühungen um Bioregionalismus sind eine Reaktion darauf, um auf das Unbehagen mit positiven Konzepten zu antworten. In diese Debatten klinken sich Neurechte ein.
Dabei zeigt sich aktuell eine Tendenz im neurechten Milieu, die hinsichtlich der Instrumentalisierung des Begriffs Bioregionalismus der Ökologie gleicht. Das neurechte Naturschutzleitorgan „Die Kehre“ sieht hinsichtlich der Bioregionalismus-Debatten akuten Handlungsbedarf:

> „Mit dem weltweiten Aufkommen der Klimabewegung rund um Fridays for Future sind nun auch die unterschiedlichen Strömungen der deutschen Rechten gezwungen, dieses vernachlässigte, aber immer zentraler werdende Politikfeld [des Bioregionalismus] zu beackern.“ *(Eichberger 2020a: 19).*

Hier sieht man Potenzial, die Meinungsführerschaft zu erlangen, denn Bioregionalismus sei ein *„Zukunftsmodell“*. Die neuen Überlegungen hinsichtlich dieses *„Zukunftsmodells“* knüpfen wiederum an frühere Gedanken der neurechten Ikone Herbert Gruhl an. Letzterer verfolgte in seiner 1992 veröffentlichten Schrift „Himmelfahrt ins Nichts“ ähnliche Gedanken: *Regionale Kulturen seien die „letzten regionalen Bastionen“ gegen die globalistisch-multikulturelle Konzernelite, die nicht wegbrechen dürften.* Regionale Kultur müsse sowohl gegen eine uniformierte bzw. nivellierte („Cocakolonisierung“) als auch eine multikulturelle Kultur verteidigt werden. Gruhl habe, so die „Kehre“, gegen die unverkennbare Tendenz zur Globalisierung sein Konzept der „Autonomie der Regionen“‘ entwickelt: „Handel- und Kommunikations- und Besuchsrecht“ seien zwar legitim, „aber kein dauerndes Gastrecht“.

Wo ist das Problem?

Zumindest in ihrer Globalisierungskritik gegen die Uniformierung und in der Befürwortung regionaler Wirtschaftskreisläufe zeigen sich Schnittmengen zwischen Debatten in der modernen Umweltbewegung und denjenigen der Neurechten. Die Trennlinie verläuft aber entlang Menschenrechtsfragen. Ansätze aus der Umweltbewegung sprechen sich zwar gegen Uniformierungen aus, zeigen sich aber gegenüber multikulturellen Ansätzen offen. Dem stellt die „Kehre“ einen *„identitären Bioregionalismus“* entgegen. Dessen Kern ist wiederum eine *„bioregionale Identitätspolitik“*, die dem Konzept des ausgrenzenden Ethnopluralismus folgt **(→ Heimat; → Ethnopluralismus).** Der nationalsozialistische Autarkiegedanke wird auf kleinere Regionen heruntergebrochen, wobei der Gedanke einer kulturellen Homogenität zumindest als Ziel angestrebt wird. Für die Zwischenzeit bis zur Erreichung dieses Ziels, passt man sich aber den realen Begebenheiten an:

> „Einstweilen ist ein intakter Wirtschafts- und Lebenskreislauf in einer konkreten Bioregion de facto kaum an ethnischen Erwägungen festzumachen, gerade und vor allem in Westdeutschland nicht. Im Gegenteil sind im lokalen Alltag oftmals Kleinbetriebe in migrantischer Hand und prägen somit den regionalen Wirtschaftskreislauf – zugegebenermaßen weniger im Bio-Segment. Naturgemäß stößt selbst in ökonomisch erfolgreichen Zeiten das Konzept des (Bio-)Regionalismus dann an seine Grenzen und droht zu implodieren, wenn die Zahl der Zugewanderten entweder zu einer Selbstabschottung dieser Gruppe führt oder die der Einheimischen zu übersteigen droht.“ *(Eichberger 2020b: 18f.)*

„Einstweilen“! „Die Kehre“ hat 2020 den Kampf um die Deutungshoheit – auch und gerade gegenüber dem NABU – eröffnet. Denn die Zeitschrift eröffnet den Reigen ihrer Überlegungen bewusst mit einem Zitat ihres Präsidenten Jörg-Andreas Krüger, das sie als Beleg für die Relevanz der Debatte anführt: *„Aus ökologischer Sicht spricht vieles für möglichst regionale Wirtschaftskreisläufe und kurze Lieferketten“ (Eichberger 2020a: 14).*
Die Antwort auf das Konzept eines Bioregionalismus, der auf eine homogene und deshalb letztlich auf Ausgrenzung zielende Autarkie zielt, kann nur, wie beim Begriff der „Heimat“, ein einbeziehendes Konzept sein, das unter unbedingter Achtung der Menschenrechte alle in einer Region lebende Menschen einlädt. Der Bioregionalismus greift zwar Inhalte auf, die auch in der Natur- und Umweltschutzbewegung im Zusammenhang mit nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweisen diskutiert werden. Der Natur- und Umweltschutz verknüpft seine Überlegungen jedoch nicht mit völkischen Ideologien, sondern nimmt ausschließlich die Intaktheit der Ökosysteme und die Einhaltung der Menschenrechte zum Maßstab. Die Rückgewinnung nationaler Identitäten ist nicht das Ziel des demokratischen Natur- und Umweltschutzes. Darüber hinaus erkennt der NABU an, dass allein die Mengen an Lebensmitteln, Produkten oder Rohstoffen, die produziert werden können, die menschlichen Bedarfe gar nicht werden decken können. In einer globalen Gesellschaft wird es daher ohne den Austausch von Waren und Dienstleistungen gar nicht gehen.



Die NABU-Arbeit vor Ort: vielfältig und offen für alle.

IV. Daten und Fakten zu rechten Einflussnahmen auf den NABU und Fragen des richtigen Umgangs damit

Die Herausforderungen von rechts haben mittlerweile ihren konkreten Platz im Leben nahezu aller zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dabei unterscheiden nicht nur die konkrete Betroffenheit zwischen den Organisationen und Ebenen, sondern auch die Wahrnehmung der damit verbundenen Herausforderungen.
Wie im Kapitel zu Diskursen und Einflugschneisen rechter Interventionen auf den NABU gezeigt wurde, bietet der Naturschutz und damit auch die Arbeit des NABU diverse Angriffspunkte für rechte Einflussnahmen. Zudem ist der NABU als immer größer werdender zivilgesellschaftlicher Akteur, der in der Mitte der Gesellschaft steht, ein begehrtes Ziel für die Rechtspopulisten, um anerkannt zu werden und Einfluss zu erlangen. Auch deshalb muss sich der Verband des Themas annehmen und Wissen und Handlungssicherheit schaffen. Gerade weil diese Betroffenheit hinsichtlich rechter Einflussnahmen sehr unterschiedlich verteilt und wahrgenommen wird, ist es hilfreich, sich ein empirisches Bild davon zu machen: Wie wird diese Herausforderung auf den unterschiedlichen Ebenen des NABU eingeschätzt? Eine solche Einschätzung ist notwendig, um angemessen reagieren zu können. Die folgende, 2021 durchgeführte Untersuchung eines Teams um Prof. Dr. Schroeder von der Universität Kassel stellt eine erste, systematische Annäherung für den NABU dar.

Der Ansatz: Methode und Vorgehensweise bei der Umfrage

Bei den nachfolgend dargestellten Ergebnissen handelt es sich um die erste systematische und umfassende empirische Befragung im NABU, die nach Wahrnehmungen, Betroffenheiten, Umgangsformen und Unterstützungen fragt und alle Ebenen des NABU einbezieht. Um dieses Ziel, ein umfassendes Bild von der Situation in den NABU-Landesverbänden und den lokalen NABU-Gruppen abzubilden, zu erreichen, wurden alle 15 Landesverbände des NABU und der Landesbund für Vogelschutz Bayern – er wird im Folgenden zu den NABU-Landesverbänden gezählt, wenn von diesem Sammelbegriff die Rede ist – sowie 1.092 örtliche NABU-Gliederungen mit Hilfe eines Online-Fragebogens adressiert.
Die Befragung fand im Zeitraum vom 19. März bis 15. Juli 2021 statt. Da sich alle NABU-Landesverbände an der Umfrage beteiligten, konnte auf dieser Ebene eine Vollerhebung erreicht werden. Auf der lokalen Ebene konnte ein Rücklauf von 254 vollständig ausgefüllten Fragebögen erreicht werden, das sind 23,3 Prozent. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich in erster Linie auf die Auswertung der NABU-Länderebene und der örtlichen NABU-Gliederungen. Zusätzlich wurden begleitende qualitative Interviews mit NABU-Vertreter*innen verschiedener Gliederungsebenen durchgeführt.

Wahrnehmung und Entwicklung rechter Aktivitäten

Ausgangspunkt der Befragung ist, ob rechte Aktivitäten überhaupt als Herausforderung wahrgenommen werden. Wie den Abbildungen 1 und 2 zu entnehmen ist, hat eine überwältigende Mehrheit auf beiden Organisationsebenen eine hohe Sensibilität für die Gefahr, die von rechten Einstellungen und Aktivitäten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ausgeht *(siehe Abb. 1 und Abb. 2)*.
Die größere Sensibilität auf Landesebene lässt sich vermutlich damit erklären, dass dort eine größere Wahrscheinlichkeit besteht, mit den hier erhobenen Problemen konfrontiert zu werden. Dagegen kann es in den lokalen NABU-Gliederungen sein, dass dort eine konkrete Auseinandersetzung mit den hier untersuchten Problemen aus unterschiedlichen Gründen nicht angezeigt ist oder nicht stattfindet. Jedenfalls sehen alle Befragten der NABU-Landesverbände in rechten Aktivitäten eine Gefahr für die Gesellschaft. Dieses Urteil wird auch von der überwiegenden Mehrheit der Befragten auf der lokalen Ebene geteilt. Gleichwohl sieht eine Minderheit von etwa neun Prozent der örtlichen NABU-Gliederungen im Westen und etwa 15 Prozent der örtlichen NABU-Gliederungen im Osten keine Gefahr für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Abb. 1: Für wie gefährlich hält Ihr Landesverband rechte Einstellungen und Aktivitäten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft?

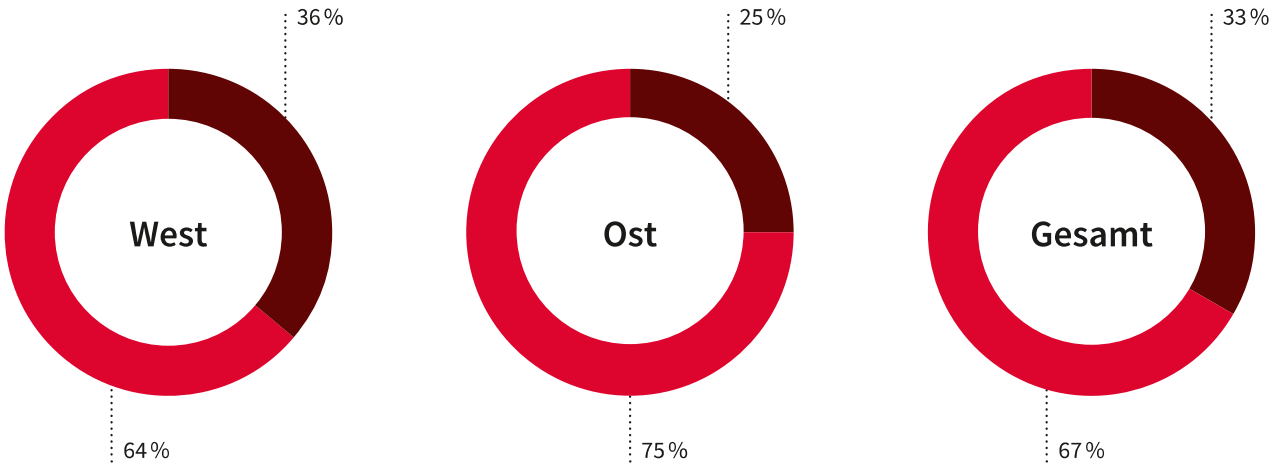


Abb. 2: Für wie gefährlich hält Ihre NABU-Gruppe rechte Einstellungen und Aktivitäten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft?

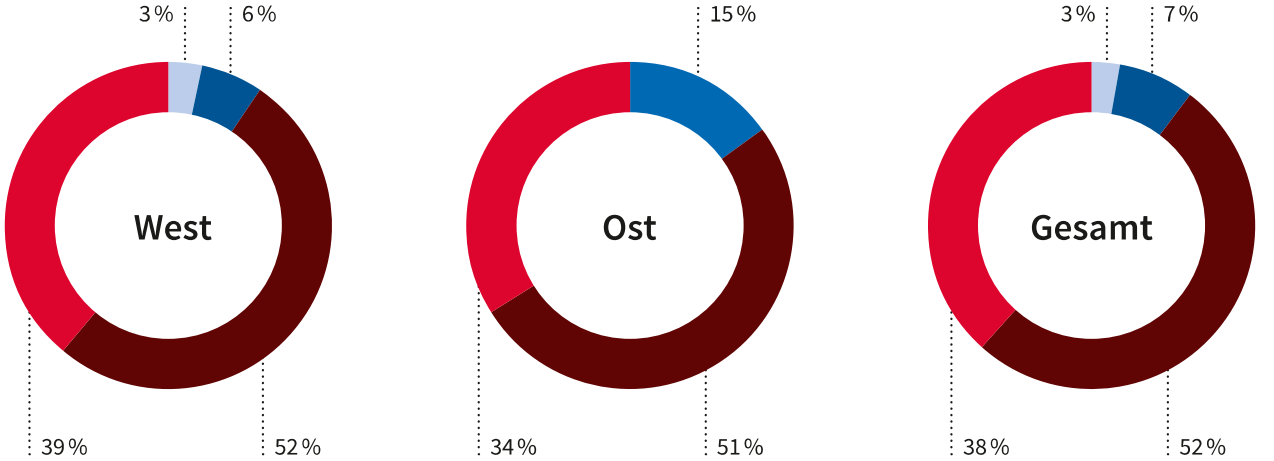


Abb. 3: Für wie gefährlich hält Ihr Landesverband rechte Einstellungen und Aktivitäten für Ihre Organisation insgesamt?

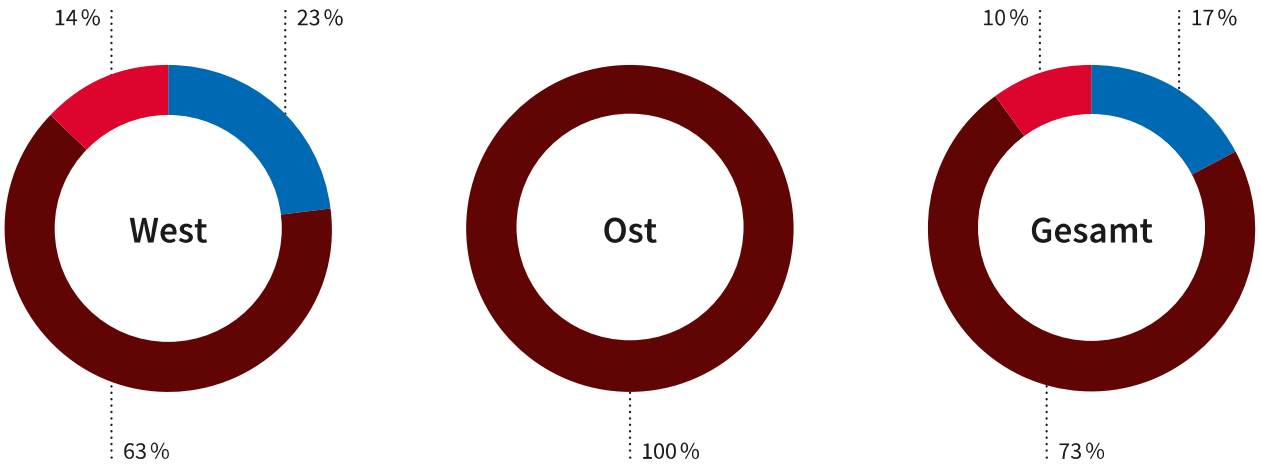
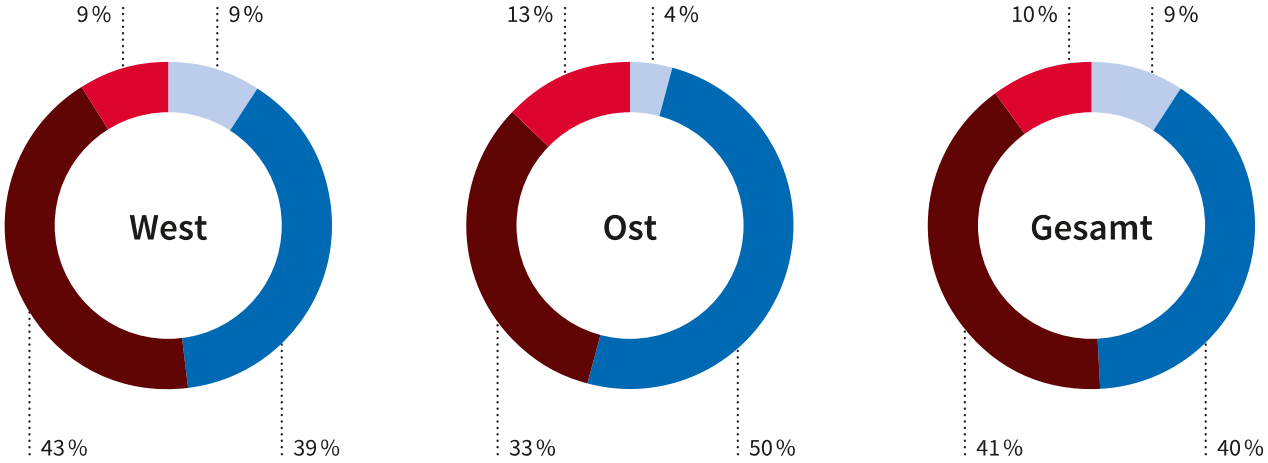


Abb. 4: Für wie gefährlich hält Ihre NABU-Gruppe rechte Einstellungen und Aktivitäten für Ihre Organisation insgesamt?



Etwas weniger sensibel und skeptisch sind die Befragten im Hinblick auf die Gefahren, die sich aus den rechten Aktivitäten für die eigene Organisation ableiten lassen. Die Abbildungen 3 und 4 zeigen, dass die örtlichen NABU-Gliederungen eine deutlich geringere Gefahr für die eigene Organisation sehen als für die gesellschaftlichen Verhältnisse *(siehe Abb. 3 und Abb. 4)*.
Während also auf der gesellschaftlichen Ebene sowohl bei den Landesverbänden als auch bei den örtlichen NABU-Gliederungen eine hohe Sensibilität erkennbar ist, ist dies in Bezug auf die eigene Organisation, insbesondere auf der Ebene der örtlichen NABU-Gliederungen, nicht ganz so stark ausgeprägt.
Es ist zu vermuten, dass sich die Wahrnehmung der Gefahr von rechts im Zeitverlauf – vor allem seit den Konflikten im Kontext der Flüchtlingskrise und der zunehmenden Radikalisierung der AfD – verändert hat. Dies spiegelt sich allerdings in der Wahrnehmung der Befragten nicht in der angenommenen Klarheit wider. Hinzu kommen deutliche Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Organisationsebenen sowie zwischen Ost- und Westdeutschland: Nach der Einschätzung der Mehrheit der örtlichen NABU-Gliederungen ist die Gefahr für die Organisation insgesamt unverändert (West: 76 Prozent, Ost: 69 Prozent), während auf der NABU-Länderebene eine deutlich höhere Zahl der Befragten der Meinung sind, die Gefahr von rechts habe in den letzten fünf Jahren zugenommen (zugenommen: West: 45 Prozent, Ost: 50 Prozent; unverändert: West: 55 Prozent, Ost: 50 Prozent).

Konkrete rechte Aktivitäten

Um zu verstehen, worauf die Wahrnehmung der rechten Gefahr aufbaut, wurde erfragt, ob und in welchem Ausmaß konkrete rechte Aktivitäten im jeweiligen Organisationskontext zu bewältigen sind. Betroffen waren laut Selbsteinschätzung etwas mehr als 50 Prozent der NABU-Landesverbände und knapp 5 Prozent der örtlichen NABU-Gliederungen. Eindeutig müssen sich die Akteure auf der Landesebene mehrheitlich mit rechten Einflussnahmen auseinandersetzen, während die Wahrscheinlichkeit, dies auf der lokalen Ebene tun zu müssen, deutlich geringer ist. Auffällig ist hier vor allem die gravierende Ost-West-Differenz: Während im Westen 40,9 Prozent der Landesverbände angaben, bereits von rechten Aktivitäten betroffen gewesen zu sein, waren es im Osten sogar 80 Prozent. Diese Ergebnisse in Korrelation zur Stärke der AfD bedeuten, dass für einen Akteur auf der Landesebene die Wahrscheinlichkeit, sich mit rechten Aktivitäten auseinandersetzen zu müssen, mit der Stärke der AfD im jeweiligen Bundesland wächst, wobei der marginale Effekt allerdings erst ab einem AfD-Stimmenanteil von 15 Prozent statistisch signifikant ist. Für die lokale Ebene gilt dies ebenso, wobei die Effektgröße deutlich geringer ist als auf der Landesebene.
Da nur eine örtliche NABU-Gliederung aus dem Osten Deutschlands angibt, bisher von konkreten rechten Aktivitäten betroffen gewesen zu sein bzw. dies geantwortet hat, war es nicht möglich, auf dieser Ebene einen Ost-West-Vergleich vorzunehmen.
Die größte lokale Betroffenheit unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Anzahl an örtlichen NABU-Gliederungen, die aus den einzelnen Landesverbänden teilgenommen haben, findet sich mit 14,3 Prozent in Bayern, gefolgt von 7,1 Prozent in Rheinland-Pfalz.
In einem weiteren Schritt wurden die Themen rechter Aktivitäten bei den betroffenen NABU-Landesverbänden und örtlichen NABU-Gliederungen abgefragt. Dabei zeigt sich, dass es einerseits allgemein rechte Themen sind, die dem NABU zu schaffen machen, und mit denen sich auch andere Verbände der organisierten Zivilgesellschaft konfrontiert sehen. Dazu zählen beispielsweise rassistische, antisemitische und antiislamische Äußerungen sowie Sexismus. Wie Tabelle 1 zeigt, sind es andererseits jedoch auch spezifische Themen des Naturschutzes, in denen sich rechte Aktivitäten bemerkbar machen. Der Klimawandel ist hierbei das am häufigsten auftretende Thema auf beiden Organisationsebenen *(siehe S. 27, Tabelle 1)*.

Umgangsformen

Auch wenn konkrete Herausforderungen von rechts vorliegen, ist offen, ob und wie darauf angemessen reagiert werden kann. Nach Schroeder et al. 2020 lassen sich die möglichen Reaktionen auf rechte Einflussnahmen in einem zweidimensionalen Reaktionsraum verorten, wie er in der nachfolgenden Tabelle 2 dargestellt ist. Während auf der kommunikativen Ebene die möglichen Reaktionen zwischen Zustimmung und Distanzierung verlaufen, verweist die programmatisch-organisatorische Ebene auf die historischinstitutionelle Gesamtstruktur der Organisation. Sie beinhaltet Reaktionen, die auf Einbindung beziehungsweise einen konfrontativen Umgang abzielen *(siehe S. 27, Tabelle 2)*.
Eine Rekonstruktion der identifizierbaren Reaktionsformen aus den erhobenen Daten der Umfrage zeigt, dass seitens der örtlichen NABU-Gliederungen und der NABU-Landesverbände mehrheitlich nicht auf rechte Einflussnahmen reagiert wird. Als Gründe dafür lassen sich drei Deutungen anführen:

- **Aus der vorhandenen Sensibilität wird keine Notwendigkeit abgeleitet:** Die Akteure sind sich zwar der Gefahr von rechts bewusst, aber aktive Maßnahmen sind nicht angezeigt, weil auch keine rechten Aktivitäten im eigenen Kontext vorliegen.
- **Unsicherheit:** Betroffene wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Dies muss nicht unbedingt Unwissenheit sein, aber womöglich fehlende Sicherheit im Umgang mit der Gefahr oder die Tatsache, dass sich der Umgang nicht zugetraut wird.
- **Aktives Ignorieren aus Klugheit, um keine „schlafenden Hunde zu wecken“:** Es wird nichts unternommen, um einen möglichen größeren Schaden zu vermeiden. Die Gefahr wirkt in diesem Kontext als zusätzlicher Schauplatz, der vom eigentlichen Ziel des Naturschutzes abweicht.

Die häufigsten Schwierigkeiten, die von den Befragten im Umgang mit rechten Aktivitäten angegeben werden, sind auf der NABU-Länderebene fehlende Ressourcen (West: 45 Prozent, Ost: 80 Prozent) und dass andere Probleme als wichtiger angesehen werden (West: 32 Prozent, Ost: 60 Prozent). Eine leichte Mehrheit der örtlichen NABU-Gliederungen sieht im Umgang mit rechten Aktivitäten keine Schwierigkeiten (West: 59 Prozent, Ost: 51 Prozent).

Unterstützung

Die überwältigende Mehrheit sowohl der NABU-Landesverbände als auch der örtlichen NABU-Gliederungen wurde in den letzten fünf Jahren im Umgang mit rechten Aktivitäten nicht unterstützt. Der häufigste Grund dafür ist, dass Unterstützung nicht angefragt wurde. Ein Bedarf an Unterstützung wird in den westlichen Landesverbänden mehrheitlich noch immer nicht gesehen. Die östlichen NABU-Landesverbände geben dagegen an, dass ihrerseits längerfristig eine Unterstützung gewünscht ist. Die Mehrheit der örtlichen NABU-Gliederungen gibt ebenfalls an, keine Unterstützung im Umgang mit rechten Einflussnahmen zu benötigen. Vereinzelt wird dennoch langfristiger und teils sogar kurzfristiger Unterstützungsbedarf gewünscht. Dabei wird der Bedarf im Osten des Landes als größer eingeschätzt als im Westen.

Der NABU im Vergleich zu anderen Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft

Seit einigen Jahren ist beobachtbar, dass die organisierte Zivilgesellschaft durch rechte Aktivitäten herausgefordert wird. Insofern reihen sich die hier präsentierten Befunde in dieses Bild ein. Doch inwieweit lassen sich die erhobenen Einschätzungen qualifizieren und damit in vergleichender Perspektive konkretisieren? Nachfolgend eine erste Zwischenbilanz:

- **Wahrnehmung:** Der NABU-Bundesverband schätzt die Relevanz einer Gefahr von rechts ähnlich ein wie die meisten Verbände in den anderen Subsystemen der organisierten Zivilgesellschaft (Kirche, Kultur, Sport und andere).
- **Konkrete Aktivitäten:** Der NABU-Bundesverband ist besonders häufig im Vergleich zu anderen Verbänden von rassistischen, antisemitischen und antiislamistischen sowie sexistischen Äußerungen betroffen.
- Umgangsformen: Der NABU-Bundesverband reagiert, wie über 95 Prozent der anderen Verbände, auf rechte Aktivitäten.
- **Schwierigkeiten:** Probleme im Umgang mit rechten Aktivitäten bestehen aus Sicht der NABU-Befragten in fehlenden Ressourcen und Kompetenzen.
- **Unterstützungen:** Im Gegensatz zu vielen anderen Subsystemen, die eher langfristigen Unterstützungsbedarf sehen, formulieren NABU-Befragte unter anderem kurzfristigen Unterstützungsbedarf bei Informationsmaterialien, Personal sowie bei Stellungnahmen und Veranstaltungen.

Fazit

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass auf allen Ebenen eine Sensibilität für rechte Einflussnahmen und die davon ausgehende Gefahr vorhanden ist. Diese Sensibilität bezieht sich jedoch vor allem auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, während die Relevanz für die eigene Organisation nicht auf einem ähnlich hohen Niveau gesehen wird. Die Wahrnehmung der Relevanz des Problems rechter Einflussnahmen auf den NABU verläuft einerseits spiegelbildlich zur gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung und Relevanz dieses Problemfeldes. Andererseits bestehen spezifische Einflugschneisen für rechte Einflussnahmen, die insbesondere auf die Übertragung biologischer Erkenntnisse in den gesellschaftlichen Raum sowie auf Zielkonflikte zwischen den Themen des Natur- und Klimaschutzes zurückgehen. Wer verstehen will, was konkret im Bereich des Naturschutzes anders ist als in den anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, findet Unterschiede in starkem Maße vor allem in den Debatten um den Klimawandel, der Neobiota, der Ressourcenüberlastung oder der Heimat-Thematik. Bei den konkreten rechten Aktivitäten handelt es sich hauptsächlich um Einzelfälle, bei denen die Betroffenen (bisher!) meist weniger davon ausgehen, dass dahinter feste Strukturen, Strategien oder eine geschlossene rechte Ideologie stecken.

Tabelle 1: Wie häufig treten rechte Aktivitäten zu diesen für Ihre Organisation spezifischen Themen im Bereich Ihres Landesverbandes oder Ihrer NABU-Gruppe auf?

	Länderebene (N=8-9)		**Lokale Ebene** (N=10-11)	
Feld	**Häufig / Manchmal**	**Selten / Nie**	**Häufig / Manchmal**	**Selten / Nie**
Klimawandel	40 %	60 %	46,5 %	53,5 %
Ressourcenüberlastung	26,7 %	73,3 %	35,5 %	64,5 %
Neobiota-Debatte	23,5 %	76,5 %	12,7 %	87,3 %
Heimat-Debatte	13,3 %	86,7 %	38,2 %	61,8 %
Mythos des deutschen Waldes	0 %	100 %	3,2 %	96,8 %
Gentechnologie	0 %	100 %	0 %	100 %

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 2: Zweidimensionaler Reaktionsraum

Programmatisch-organisationale Dimension	**konfrontieren**	kopieren	ausschließen	ausgrenzen
	nichts tun	kooperieren	ignorieren	abgrenzen
	einbinden	übernehmen	konsolidieren	auseinandersetzen
Reaktionsraum		**zustimmen**	**schweigen**	**distanzieren**
		Kommunikative Dimension		

Quelle: Eigene Darstellung nach Schroeder et al. 2020: 21



Nicht nur bei der Vogelbeobachtung wichtig: ein geschärfter Blick auf das, was um uns herum passiert.

V. Zusammenfassung und Ausblick

Der NABU ist sowohl Teil der Natur- und Umweltbewegung als auch Teil der organisierten demokratischen Zivilgesellschaft. Damit ist er von rechter Einflussnahme gleich doppelt betroffen. Als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft wehrt er die rechten Interventionen aus demokratiepolitischen Überzeugungen grundsätzlich ab. Gleiches trifft auch auf die rechten Einflussnahmen zu, wenn sich diese Aktivitäten auf den Naturschutz im Besonderen beziehen.

Interventionen sind real

Die quantitativ-empirische Erhebung zeigt uns, dass wir hinsichtlich der Einflussnahmen nicht über ein Phantom reden. Es gibt sie, und sie sind im konkreten Einzelfall mit vielen grundlegenden Unsicherheiten und Konflikten für die NABU-Landesverbände und die lokalen NABU-Gliederungen verbunden. Diese Konflikte zeigen aber auch, dass in Reihen des NABU die Sensibilität für die Gefahren der rechten Einflussnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Demokratie, aber auch für den NABU selbst vorhanden ist. Die Untersuchung belegt: Rechte intervenieren. Und sie intervenieren, wie bei anderen gesellschaftlichen Gruppen, dort, wo ohnehin Konflikte bestehen. Unverkennbar bestehen Zielkonflikte im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz: Die für die Dekarbonisierung der Wirtschaft notwendige Energiewende lässt sich nur durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen. Vor Ort ergeben sich daraus sehr konkrete Konflikte zwischen Maßnahmen zum Arten- und zum Klimaschutz. In diesen Konflikten positionieren sich Neurechte zugunsten des Artenschutzes. Ihre kommunikative Strategie besteht aber darin, dass es ihnen gelingt, ihre antidemokratischen Vorstellungen über den Weg des Artenschutzes im engeren Sinne auch auf andere Debatten, zum Beispiel über den Schutz der Kulturlandschaft oder des Waldes, auszuweiten. Überall drängen sie sich als Unterstützer*innen und wohlmeinende Kooperationspartner*innen auf, und versuchen so, ihre wahren Motive zu verdecken. Dabei, und das ist das Gefährliche, enthalten ihre Argumentationen stets „ein Körnchen Wahrheit“; nicht selten beziehen sie sich auf Artenschutzpositionen beziehungsweise -studien des NABU. Diese Argumentationen betten sie dann im Sinne der „Metapolitik“ in ihre Erzählungen von Gesellschaft insgesamt ein und setzen sie so in einen Kanon von Menschenfeindlichkeit, Nationalismus und Ausgrenzung.
Die rechten Einflussnahmen beziehen sich nicht nur auf gesamtgesellschaftliche, sondern auch auf NABU-spezifische Debatten. Daher ist es für den NABU doppelt notwendig, zu reagieren: im Sinne der demokratischen Zivilgesellschaft und im Sinne eines glaubwürdigen und aufgeklärten Naturschutzes. Das Problem rechter Einflussnahmen im Naturschutz wird vermutlich leider bleiben. Zum einen, weil die Neurechte explizit den Kampf um die Deutungshoheit im Naturschutz ausgerufen hat. Es war also kein Zufall, dass sich die neurechten Interventionen in den letzten Jahren – nicht nur gefühlt – häuften. Und zum anderen wird die neue Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv vorantreiben, sodass sich immer mehr konkrete Anlässe für Zielkonflikte zwischen dem Artenschutz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien ergeben werden – und damit immer wieder Anlässe für neurechte Interventionen.

Sensibel und wachsam bleiben

Diese Broschüre hat mögliche Reaktionsweisen auf die Versuche der rechten Einflussnahmen aufgezeigt. Einer der nächsten Schritte, der jedoch den Charakter und die Aufgabe dieser Broschüre überschreitet, sind weitere konkretere Hinweise über situative Reaktionsformen. Für eine solche Analyse bedarf es zusätzlicher systematischer Beobachtungen und Schlussfolgerungen. Insofern ist die Lage hinsichtlich einer noch konkreteren Herangehensweise zu komplex, als dass hier bereits eine Checkliste präsentiert werden kann. Offensichtlich ist, dass wir strategisch klug auf Interventionen reagieren müssen. Um erst gar keine Märtyrerlegenden aufkommen zu lassen, kann es im Einzelfall auch ratsam sein, aus Klugheit Einzelaktionen zu ignorieren. Immer gilt es, die Reaktionen abzuwägen. Ausgangspunkt ist der klare Blick. Es gilt, nicht wegzuschauen. Es ist deshalb wichtig, erkannte Einflussnahmen nicht zu verschweigen, sondern sich darüber auszutauschen und Rat einzuholen. Kurzum: Der NABU ist sensibel, wachsam und weiß um seine demokratiepolitische Rolle. Es ist die Aufgabe des NABU, sich den Rechten entgegenzustellen, weil wir unser großes Engagement für den Naturschutz nicht durch rechte Aktivitäten diskreditieren lassen.

Anhang

Anhang I.

Naturschutz, völkische Ideologie, Rassismus und Antisemitismus – eine historische Skizze

Neurechte reklamieren nicht nur mit dem Slogan „Ökologie ist rechts!“ *(siehe S. 7)*, dass ihre heutigen Naturschutz-Positionen in einer historischen Kontinuität stehen. Sie berufen sich dabei überdies stets auf Protagonisten aus früherer Zeit. Dies ist, wenn sie sich unter dieser Überschrift beispielsweise auf Ernst Rudorff berufen, blühender Unsinn. Rudorff war Musiker und kein Ökologe. Unbestreitbar ist aber, dass sich im Naturschutz historisch nicht nur viele völkische Akteure tummelten, sondern auch, dass völkisches Gedankengut phasenweise im Naturschutz dominierte. Dieser Anhang bietet darüber einen Überblick.

Wurzeln in der Reformbewegung

Naturschutz wie auch die Heimatbewegung waren Teil der breiten bürgerlichen Reformbewegung, die sich um 1900 in Deutschland entfaltete und sich mit den Folgen der Industriemoderne auseinandersetzte. Wie diese Reformbewegung generell, so war auch der Naturschutz höchst heterogen. Vor dem Ersten Weltkrieg war er eine vielstimmige und pluralistische Bewegung, die sich der grundsätzlichen Unterstützung aus nahezu allen gesellschaftlichen Milieus und politischen Lagern erfreuen konnte.
In den Reihen des Naturschutzes wirkten Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Motiven für den Schutz von Natur und Landschaft einsetzten. Die Bandbreite reichte von der Verknüpfung von Naturschutz mit sozialpolitischen Bestrebungen, über die (Natur-)Wissenschaft, Ästhetik, Ethik, Nützlichkeitserwägungen bis zur Emotion, etwa die Liebe zur Natur, speziell die Vogelliebe. Damit ist das Ende des Spektrums aber noch nicht ganz beschrieben; es reichte bis zum Nationalismus bzw. zur völkischen Ideologie und damit also auch bis zum Rassismus und Antisemitismus.
Die völkische Ideologie generell lehnte konkrete Ausformungen der Industriemoderne, wie Industrialisierung, Urbanisierung, Massengesellschaft und -kultur, Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus oder Sozialismus, grundsätzlich ab. Sie postulierte die Einheit von Rasse und Raum, denn aus der „Natur“ ergebe sich eine „körperliche, geistige, seelische und mentale Prägung der Rassenindividuen und -kollektive“ wie Uwe Puschner in seinem Artikel „Die völkische Bewegung“ schreibt. Sie war also biologistisch-rassisch grundiert („Blut-und-Boden“-Ideologie), konstruierte eine direkte biologische Abstammung der Deutschen von den Germanen und verfolgte ein Weltbild, das scharf nach dem „Eigenen“ und dem „Fremden“ unterschied. Antisemitismus war einer der Grundpfeiler der völkischen Ideologie.

Kritik der Moderne mit völkischer Färbung

Völkische Gedanken gehörten seit seinen Anfängen zum Portfolio des Naturschutzes. 1880 veröffentlichte der Musiker Ernst Rudorff in den viel gelesenen „Preussischen Jahrbüchern“ den Aufsatz „Ueber das Verhältniß des modernen Lebens zur Natur“. Dieser zählt zu den wirkungsmächtigen Gründungsmanifesten des Naturschutzes. Hier entwickelte er mit vorwiegend ästhetischen Argumenten eine Generalkritik an der Industriemoderne bzw. konkret an ihren zerstörerischen Auswirkungen auf Natur und Landschaft. Dabei grundierte er seine im Kern ästhetische Auseinandersetzung aber immer wieder völkisch. Dies gipfelte darin, dass er behauptete: „In dem innigen und tiefen Gefühl für die Natur liegen recht eigentlich die Wurzeln des germanischen Wesens“.
Zu den völkisch-antisemitischen Stimmen aus dem Chor des Naturschutzes vor dem Ersten Weltkrieg zählte nicht zuletzt Hermann Löns. Er äußerte fundamentale Kritik an den ersten Maßnahmen des staatlichen Naturschutzes. Dies betraf zum einen dessen bewusste Beschränkung seiner Schutzmaßnahmen auf nur kleine Flächen, aber auch dessen „Wissenschaftsfixiertheit“. Naturschutz müsse weniger als „eine rein naturwissenschaftliche Bewegung” verstanden werden, sondern als „Kampf für die Gesunderhaltung des gesamten Volkes, ein Kampf für die Kraft der Nation, für das Gedeihen der Rasse“.
Dass die Motivlagen sich nicht klar trennen lassen, zeigte sich auch im Bund für Vogelschutz, dem Vorläufer des heutigen NABU. Ihn gründete 1899 Lina Hähnle. Die Linksliberale engagierte sich nicht nur im Vogelschutz, sondern

auch im Betrieb ihres Mannes aktiv sozialpolitisch. 1906 ließ sie den Aufruf „An Alle und Jeden!“ verfassen, der massenhaft zur Verteilung kam. Das Flugblatt unterzeichnete eine Vielzahl Prominenter und Intellektueller wie beispielsweise der Biologe Ernst Haeckel, die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach oder der Dichter Gerhart Hauptmann. Frei von Nationalismus war der Text nicht: „Wahrlich, wer sein Vaterland und sein Volk liebt, dem kann der Vogelrückgang nicht gleichgültig sein!“ Diese Passage hinderte aber die Pazifistin Bertha von Suttner nicht daran, den Aufruf zu unterstützen.

Radikalisierung nach dem Ersten Weltkrieg

Doch nationalistische und völkisch-rassistische Stimmen waren nur leise zu hören. Naturschutz war eine vielstimmige, pluralistische, quer zu den politischen Lagern stehende Bewegung. Der Kulturwissenschaftler Friedemann Schmoll charakterisiert ihn als „ein weitgehend ‚normales‘ europäisches Modernisierungssymptom“. Dies sollte sich jedoch nach 1918 deutlich ändern. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, die in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung als nationales Trauma wahrgenommen wurde, löste massive nationalistische und völkische Radikalisierungsschübe aus, die sich auch im Naturschutz niederschlugen und ihn bald in seiner Breite erfassten. Maßgeblich dazu trug der neue Direktor der 1906 errichteten Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Walther Schoenichen, bei. Bereits vor seiner Berufung 1922 hatte er in seinen pädagogischen und naturwissenschaftlichen Schriften sozialdarwinistische Vorstellungen propagiert und gesellschaftliche Phänomene als „Prozesse biologischer Degeneration“ interpretiert. Anders als sein wissenschaftsorientierter Vorgänger Hugo Conwentz grundierte er den Naturschutz in seiner Breite während der Weimarer Republik völkisch.
Homogen war der Naturschutz zur Zeit der Weimarer Republik aber noch nicht. Der Bund für Vogelschutz blieb weiterhin pluralistisch ausgerichtet – wie selbstverständlich vermerkten seine Jahrbücher neben den konfessionellen christlichen Feiertagen auch die, wie es hieß, „mosaischen“. In den Reihen des Naturschutzes tummelten sich auch linke Kräfte, so zum Beispiel der sich als Naturrevolutionär verstehende Paul Robien. In Randbereichen des Naturschutzes, besonders im Großraum Berlin-Brandenburg, wirkten auch sozialpolitisch ausgerichtete Naturschützer*innen, die nicht nur eine Brücke vom bürgerlichen zum proletarischen Naturschutz, sondern auch zu Demokratie und Parlamentarismus schlagen wollten. Ihre Bemühungen waren aber vergebens. Weit überwiegend hatte sich völkisches Gedankengut durchgesetzt.

Anschluss und Gleichschaltung

So war Naturschutz 1933 sofort anschlussfähig an das NS-Regime. Im NSDAP-Parteiorgan „Völkischer Beobachter“ diente Schoenichen den Naturschutz dem NS-Regime mit der Behauptung als nützlich an, dass dieser „für die Gesunderhaltung der deutschen Seele“ notwendig sei, da doch die Landschaft das „Keimbett unserer völkischen Eigenprägung“ sei. Die Vereine schalteten sich selbst gleich und führten den sogenannten Arierparagrafen ein, das heißt, Menschen jüdischen Glaubens blieb die Mitgliedschaft verwehrt. Auf dem Papier stellte das 1935 verabschiedete Reichsnaturschutzgesetz de jure für den Naturschutz einen Durchbruch dar. Doch faktisch profitierte er in der Fläche kaum. Dies lag vor allem an der seit 1936 ausgerufenen Autarkiepolitik („Vierjahresplan“), die im Zeichen der wirtschaftlichen Vorbereitung für die geplanten Eroberungskriege stand. Ihr fielen immer mehr naturschutzbedeutsame Flächen zum Opfer *(Frohn 2006: 172ff.)*.
Die Verknüpfung von Expansionismus und völkischer Ideologie zeigte sich sehr deutlich im Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums, das dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler unterstand. Hier entwickelten unter anderem Landschaftsplaner, die in Personalunion auch für die Naturschutzabteilung im für den Naturschutz zuständigen Reichsforstamt unter Hermann Göring wirkten, für die 1939 von der Wehrmacht eroberten und annektierten westpolnischen Gebiete Regelwerke. Diese sollten auch zur Modellierung der Gebiete zu „naturnahen Leistungslandschaften“ oder zu „Wehrlandschaften“ dienen. Diese Pläne basierten auf einer verbrecherischen, menschenverachtenden Ideologie, sollte doch die dort lebende polnische Bevölkerung vertrieben und die jüdische Bevölkerung in KZs ermordet werden.
Die sozialdarwinistischen und biologistischen Vorstellungen, die in der Weimarer Republik nicht nur Schoenichen vertrat und popularisierte, sollten nach 1933 Bestandteil der nationalsozialistischen „Blut-und-Boden“-Ideologie werden. Wie sich diese wiederum mit dem Naturschutz verband und antisemitisch zugespitzt wurde, verdeutlicht ein Zitat aus der Zeitschrift Naturschutzpark aus dem Jahre 1939: „Judentum und deutsche Natur sind unvereinbare Begriffe. Und erst wenn wir die letzten Reste jüdischen zersetzenden Geistes abgewehrt haben, können wir auch den großen Gedanken des Naturschutzes ganz verstehen“. Opfer einer solchen Haltung, denen das NS-Regime Taten folgen ließ, waren auch Naturschützer, so

etwa der frühere ehrenamtliche Justiziar der Staatlichen Stelle Benno Wolf oder der erste Stadtnaturschutzbeauftragte von Berlin Max Hilzheimer.
Nach 1945 fand keinerlei Vergangenheitsbewältigung statt. Hans Klose, Nachfolger Schoenichens in seiner amtlichen Funktion, erklärte 1948 mit Hinweis auf die Verabschiedung des Reichsnaturschutzgesetzes die Jahre 1936 bis 1939 „zur hohen Zeit des Naturschutzes". In Entnazifizierungsverfahren zeigten sich Personen wie der Württemberger Hans Schwenkel, der in der NS-Zeit mit einer Vielzahl antisemitischer Äußerungen aufgefallen war, schulduneinsichtig.
Bei den völkischen Vertretern zeigt sich aber auch eine paradoxe Gleichzeitigkeit. Dies sei an zwei Beispielen kurz skizziert. Schwenkel pflegte im Alltag den persönlichen Umgang mit jüdischen Deutschen. Ernst Rudorff, der die Saat für den völkisch-antisemitischen Traditionsstrang im Naturschutz legte, verdankte nicht nur seine berufliche Karriere dem Starviolinisten Joseph Joachim, er sah in ihm auch seinen besten Freund. Joachim war jüdischen Glaubens – aber jüdischen Deutschen wollte Rudorff 1904 den Beitritt zum Bund Heimatschutz verwehren.
Der Kulturwissenschaftler Friedemann Schmoll hat die historische Last des völkischen Naturschutzes, die auf den Schultern heutiger Naturschutzakteure liegt, als die „Tragik deutscher Naturschutzgeschichte" bezeichnet: „Naturschutz mutierte von einer Bewegung des Bewahrens, des Erhaltens, zu einem Stichwortlieferanten einer Vernichtungsideologie". Im Bewusstsein dieser historischen Last stellen sich heutige Naturschützer*innen gegen völkisch-rechtsextreme Aktivitäten im Hier und Jetzt, erst recht im Naturschutz.

Anhang II.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Amann, Melanie (2018): „Jetzt stehen Sie hier mit dem Teufel der AfD". Waldspaziergang mit Björn Höcke, in: Der Spiegel, 26.10.2018, *https://www.spiegel.de/politik/bjoern-hoecke-jetzt-stehen-sie-hier-mit-dem-teufel-der-afd-a-00000000-0002-0001-0000-000160311461* (Stand: 26.05.2021).

Bergmann, Lotta (2020a): Im Schatten der Windkraft stirbt der Artenschutz, in: Die Kehre 2020 (1), 26–33, *https://die-kehre.de/2020/04/21/im-schatten-der-windkraft-stirbt-der-artenschutz/* (Stand: 12.10.2021).

Bergmann, Lotta (2020b): Nachhaltiges Aussterben, in: Die Kehre 2020 (2), S. 42–47, *https://die-kehre.de/2020/08/20/nachhaltiges-aussterben/* (Stand: 12.10.2021).

Borrmann, Norbert (2013): Ökologie ist rechts, in: Sezession 56, *https://sezession.de/wp-content/uploads/2015/12/Sez56_Borrmann.pdf* (Stand: 10.1.2022)

Botsch, Gideon/ Kopke, Christoph (2019): „Umvolkung" und „Volkstod". Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. Ulm.

Cantzen, Rolf (2020): Die ökologische Sensibilität, Wachstumskritik und anarchistische Utopien, in: Görgen, Benjamin/ Wendt, Björn (Hrsg.): Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus? München, S. 287–302.

Clemens, Dieter (1998): Bioregionalismus, in: wir selbst. Zeitschrift für nationale Identität 1998 (1), S. 70–75.

DER DRITTE WEG (o. J.): 10 Punkte Programm der Partei Der Dritte Weg, *https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/* (Stand: 12.10.2021).

DER DRITTE WEG (2015): Fremde Frösche bedrohen Vielfalt, 24.03.2015, *https://der-dritte-weg.info/2015/03/fremde-froesche-bedrohen-vielfalt/* (Stand: 12.10.2021).

DER DRITTE WEG (2018a): Das Havelland und die konkurrierenden Ethnien, 23.05.2018, *https://der-dritte-weg.info/2018/05/das-havelland-und-die-konkurrierenden-ethnien/* (Stand: 12.10.2021).

DER DRITTE WEG (2018b): Kampf um den Hambacher Forst, 24.09.2018, *https://der-dritte-weg.info/2018/09/kampf-um-den-hambacher-forst/* (Stand: 12.10.2021).

DER DRITTE WEG (2019): Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik, 08.07.2019, *https://der-dritte-weg.info/2019/07/plaedoyer-fuer-eine-radikale-nationalistische-umweltschutzpolitik/* (Stand: 12.10.2021).

Die KEHRE. Zeitschrift für Naturschutz 20210/2021 (H. 1–8).
Eichberger, Hagen (2020a): „Regionalität wirkt!" Nachdenken über Bioregionalismus. In: Die Kehre 2020 (2), S. 14–19.

Eichberger, Hagen (2020b): „Gegen den Ausverkauf der Heimat". Bioregionale Identität wider das Verschwinden des Ortes, in: Die Kehre 2020 (4), S. 14–21.

Franke, Nils (2012): Gegen das Fremde, nicht nur im Garten. Die Neobiota-Diskussion als Einfallstor für Rechtsextreme, in: Politische Ökologie 2012 (131), S. 78–84.

Franke, Nils (2017): Naturschutz als völkische Aufgabe, in: Fahlbusch, Michael/ Haar, Ingo/ Pinwinkler, Alexander (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Teilband 2, Berlin: De Gruyter, S. 1073–1079.

Friedrich-Schiller-Universität Jena (2019): Jenaer Erklärung. Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung.

Fröhlich, Armin (2020): Märchenwald in Gefahr, in: Die Kehre, *https://die-kehre.de/2020/06/09/maerchenwald-in-gefahr/* (Stand: 12.10.2021).

Frohn, Hans-Werner (2006): Naturschutz macht Staat – Staat macht Naturschutz. Von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen bis zum Bundesamt für Naturschutz 1906 bis 2006 – eine Institutionengeschichte, in: Frohn, Hans-Werner/ Schmoll, Friedemann (Hrsg.): Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906-2006. Bonn: Bundesamt für Naturschutz, S. 85–314.

Frohn, Hans-Werner (2009): Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969, in: Frohn, Hans-Werner/ Rosebrock, Jürgen/ Schmoll, Friedemann (Hrsg.): „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?". Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. Bonn: Bundesamt für Naturschutz, S. 39–124.

Frohn, Hans-Werner (2017): ‚Naturschutz ist Volkssache!'. Spurensuche nach demokratischen, sozialpartizipativen bzw. -emanzipatorischen Konzepten des bürgerlichen Naturschutzes 1898-1980, in: Frohn, Hans-Werner/ Rosebrock, Jürgen (Hrsg.): Spurensuche. Lina Hähnle und die demokratischen Wurzeln des Naturschutzes, Essen: Klartext Verlag, S. 112–146.

Frohn, Hans-Werner (Hrsg.) (2019): Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit im Naturschutz. Entnazifizierungsverfahren führender deutscher Naturschützer und der Fall Wolfgang Engelhardt. München: oekom Verlag.

Gauland, A. (2019): Nation, Populismus, Nachhaltigkeit: Drei Reden (Kaplaken). Schnellroda.

Glotz, Peter (1989): Die deutsche Rechte: Eine Streitschrift. Stuttgart: DVA.

Gottschlich, Daniela/ Katz, Christine/ Schwandt, Wiebke/ Fritz, Simon (2020): Rechte Landnahme. Ergebnisse einer Online-Befragung von Natur- und Umweltschutzverbänden zur Einflussnahme durch rechte Akteur*innen und ihre Ideologien, Lüneburg: Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit.

Gröning, Gert/ Wolschke-Bulmahn, Joachim (1987): Liebe zur Landschaft. Teil III: Der Drang nach Osten: Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten". München: Minerva.

Gruhl, Herbert (1992): Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, München: S. Fischer.
Heitmeyer, Wilhelm/ Freiheit, Manuela/ Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II, Berlin: Suhrkamp.

Höcke, Björn (2020): Facebook-Posting zum Thema „Die Kehre", 28.06.2020, *https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/2648496512058285/?type=3* (Stand: 12.10.2021).

Hofer, Christopher (2019): Die Biene, Jeanne d'Arc der Insekten, das große Sterben und die Rolle der Windräder, in: Compact, 12.04.2019, *https://www.compact-online.de/die-biene-jeanne-darc-der-insekten-das-grosse-sterben-und-die-rolle-der-windraeder/* (Stand: 12.10.2021).

Institut für Demoskopie Allensbach (2018): Heimat und Heimatministerium, *https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_April2018_Heimat.pdf* (Stand: 12.10.2021).

Karsch, Daniel (2008): Alternativen zur neoliberalen Globalisierung für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin: Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin.

Leitschuh, Heike/ Brunnengräber, Achim/ Ibisch, Pierre/ Loske, Reinhard/ Müller, Michael/ Sommer, Jörg/ Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.) (2020): Ökologie und Heimat. Gutes Leben für alle oder die Rückkehr der braunen Naturschützer? München: S. Hirzel Verlag.

Löns, Hermann (1928): Naturschutz und Rassenschutz, in: Deimann/ Wilhelm (Hrsg.): Schriften, Band 1, Leipzig: Hesse & Becker Verlag, S. 486–491.

Menzel, Felix (2019): Dossier „Ökologie und Ökonomie", in: Recherche D 2019 (7), S. 6–27.

NABU Bundesverband (2018): Bundessatzung des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e. V., Berlin.

NABU Bundesverband (2021): NABU Kompass 2030. Unser Weg zu mehr Biodiversität und Klimaschutz.

Pfeiffer, Thomas (2018): „Wir lieben das Fremde – in der Fremde". Ethnopluralismus als Diskursmuster und -strategie im Rechtsextremismus, in: Schellhöh, Jennifer/ Reichertz, Jo/ Heins, Volker M./ Flender, Armin (Hrsg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld: transcript Verlag, S. 35–55.

Presseportal (2018): Große Umfrage zum Thema Heimat, in: Presseportal, 12.03.2018, *https://www.presseportal.de/pm/72183/3888454* (Stand: 12.10.2021).

Puschner, Uwe (2016): Die völkische Bewegung, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 07.07.2016, *https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230022/die-voelkische-bewegung* (Stand: 21.10.2021).

Recherche Dresden (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Ende, in: Recherche Dresden, 07.06.2019, *https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende/* (Stand: 12.10.2021).

Reusswig, Fritz/ Küpper, Beate/ Rump, Maike (2021): Propagandafeld: Klima, in: Zick, Andreas/ Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., S. 262–282.

Reuth, Sven (2019): Altmaier (CDU) dreht durch: Artenschutz soll für Windräder gestrichen werden – Adler bald nur noch im Zoo? In: Compact, 06.10.2019, *https://www.compact-online.de/altmaier-cdu-dreht-durch-artenschutz-soll-fuer-windraeder-gestrichen-werden-adler-bald-nur-noch-im-zoo/* (Stand: 12.10.2021).

Röpke, Andrea/ Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin: Ch. Links Verlag.

Rudorff, Ernst (1880): Ueber das Verhältniss des modernen Lebens zur Natur, in: Preussische Jahrbücher 1880 (45): S. 261–277.

Rudorff, Ernst (1897): Abermals Heimatschutz, in: Grenzbote 1897 (56): S. 111-117; S. 401-414; S. 455–468.

Schick, Jonas (2020): Von der ökologischen Relevanz des Ortes, in: Die Kehre, *https://die-kehre.de/2021/01/11/von-der-okologischen-relevanz-des-ortes/* (Stand: 12.10.2021).

Schmoll, Friedemann (2001): Bewahrung und Vernichtung. Über Beziehungen zwischen Naturschutz und Antisemitismus in Deutschland, in: Raphaël, Freddy (Hrsg.): „...das Flüstern eines leisen Wehens…". Beiträge zur Kultur und Lebenswelt europäischer Juden. Konstanz: UVK Verlag, S. 345–367.

Schmoll, Friedemann (2003): Die Verteidigung organischer Ordnungen: Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Radkau, Joachim/ Uekötter, Frank (Hrsg.): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt (Main): Campus, S. 169–182.

Schmoll, Friedemann (2015): Fremdheit und Naturschutz – eine Problemgeschichte, in: Bundesverband Beruflicher Naturschutz, *https://www.bbn-online.de/fileadmin/AK_Naturschutzgeschichte/NatSchutz_und_Rechtsextremismus/end-schmoll-fremdproblemgeschichte.pdf* (Stand: 21.10.2021).

Schmoll, Friedemann (2019): Heimat-Ambivalenzen. Bewahren und Vernichten, Fürsorge und Verbrechen, in: Costadura, Edoardo/ Ries, Klaus/ Wiesenfeldt, Christiane (Hrsg.): Heimat global. Modelle, Praxen und Medien der Heimatkonstruktion, Bielefeld: transcript Verlag, S. 81–104.

Schoenichen, Walther (1934): Urwaldwildnis in deutschen Landen. Bilder vom Kampf des deutschen Menschen mit der Urlandschaft. Neudamm.

Schroeder, Wolfgang/ Greef, Samuel/ Ten Elsen, Jennifer/ Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, Frankfurt (Main): Otto-Brenner-Stiftung.

Schumacher, Christian (2017): Der neugrüne Heimat-Patriotismus, in: Blaue Narzisse, 17.10.2017, *https://www.blauenarzisse.de/der-neugruene-heimat-patriotismus/,* Abgerufen: 12.10.2021.

Schumacher, Christian (2019): Bauernproteste: „Wir sind hier, weil wir die Schnauze voll haben“, in: Blaue Narzisse, 23.10.2019, *https://www.blauenarzisse.de/bauernproteste-wir-sind-hier-weil-wir-die-schnauze-voll-haben/* (Stand: 12.10.2021).

Steinfeld, Thomas (2014): Vaterlandsliebe und Öko-Fundamentalismus, in: Süddeutsche Zeitung, 24.11.2014, *https://www.sueddeutsche.de/politik/schweizer-volksabstimmung-ueber-eco-pop-vaterlandsliebe-und-oeko-fundamentalismus-1.2233553-2* (Stand: 12.10.2021).

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart: KlettCotta.

Wöbse, Anna-Katharina (2017): Lina Hähnle (1851-1941): Vogelschutz in drei Systemen, in: Frohn, Hans-Werner/ Rosebrock, Jürgen (Hrsg.): Spurensuche. Lina Hähnle und die demokratischen Wurzeln des Naturschutzes, Essen: Klartext Verlag, S: 35–56.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: „Für wie gefährlich hält Ihr Landesverband rechte Einstellungen und Aktivitäten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft?“ → S. 23

Abbildung 2: „Für wie gefährlich hält Ihre NABU-Gruppe rechte Einstellungen und Aktivitäten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft?“ → S. 23

Abbildung 3: „Für wie gefährlich hält Ihr Landesverband rechte Einstellungen und Aktivitäten für Ihre Organisation insgesamt?“ → S. 24

Abbildung 4: „Für wie gefährlich hält Ihre NABU-Gruppe rechte Einstellungen und Aktivitäten für Ihre Organisation insgesamt?“ → S. 24

Tabelle 1: „Wie häufig treten rechte Aktivitäten zu diesen für Ihre Organisation spezifischen Themen im Bereich Ihres Landesverbandes oder Ihrer NABU-Gruppe auf?“ → S. 27

Tabelle 2: Zweidimensionaler Reaktionsraum → S. 27

Hinweise auf Beratungsnetzwerke und Vereine gegen rechts

Bundesverband Mobile Beratung e. V.
Bautzner Str. 45
01099 Dresden
Telefon: 0351 5005416
E-Mail: kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Mobile Beratungsangebote gibt es in allen Bundesländern. In einigen Bundesländern reichen die Angebote bis zur Ebene der Bezirke bzw. Regierungsbezirke:
https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstr. 12
10115 Berlin
Telefon: 030 24088610
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Online Beratung gegen Rechtsextremismus
Projekt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin
Telefon: 030 263978-3
Fax: 030 263978-40
info@gegen-vergessen.de
wwww.gegen-vergessen.de

FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention im Naturschutz
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin
Telefon: 030 29773260
E-Mail: info@nf-farn.de
www.nf-farn.de

Extremislos – Demokratie schützen
Postfach 1115
23611 Bad Schwartau
Telefon: 0176 22551802
E-Mail: info@extremislos.de
www.extremislos.de

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon: 030 30308080
E-Mail: kontakt@gesichtzeigen.de
www.gesichtzeigen.de

Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.
Könneritzstr. 7
01067 Dresden
Telefon: 0351 4810060
E-Mail: info@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de

Attac gegen rechts
Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 069 90028110
E-Mail: info@attac.de
www.attac-netzwerk.de/ag-attac-gegen-rechts/startseite



Oben: Engagierte bei der Arbeit – die NABU-Gruppe ist die Keimzelle für das Ehrenamt in der Fläche.
Unten: Der NABU lebt, wie hier am Krötenzaun, vom guten Miteinander seiner Mitglieder.



Impressum

© 2022, NABU-Bundesverband

1. Auflage 05/2022

NABU (Naturschutzbund Deutschland) e. V.
Charitéstraße 3, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 28 49 84-0
Fax: +49 (0)30 28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

Text
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Universität Kassel/ Wissenschaftszentrum Berlin), Dr. Hans-Werner Frohn (Stiftung Naturschutzgeschichte), unter Mitarbeit von Kirsten Bänfer, Matthias Laurisch und Ralf Schulte

Redaktion
Fabian Kreß, Matthias Laurisch

Gestaltung
Cskw Berlin – www.cskw.de

Druck
Druckerei Lokay, Reinheim | gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“

Bezug
Die Publikation erhalten Sie im NABU-Aktiven-Shop.
Online: www.aktiven.nabu-shop.de
Tel: +49 (0) 2163 5755270 (Standard Festnetztarif)
Fax: +49 (0) 2163 5755272 (Standard Festnetztarif)
E-Mail: info@NABU-shop.de
Die gedruckte Publikation ist kostenlos erhältlich, zzgl. Versandkosten.
Der PDF-Download ist kostenlos im NABU-Netz verfügbar.
Artikel-Nr.: 10014

Bildnachweis
Cover: NABU/Anja Ebers; S. 4: NABU/C. Kuchem, NABU/S. Hennigs; S. 5: NABU/Die Hoffotografen; S. 21: NABU/Volker Gehrmann; S. 28: NABU/Guido Rottmann; S. 37: NABU/Bernd Schaller, NABU Landau; U4: Jens G. Kube

Grafiken
Cskw Berlin, nach Vorlage des Landesbüro der Naturschutzverbände NRW GbR

› **Gemeinsam für die Natur!**
Machen Sie mit! Werden Sie NABU-Mitglied, spenden Sie für unsere Naturschutzprojekte.
www.NABU.de

WIR SIND, WAS WIR TUN.
DIE NATURSCHUTZMACHER*INNEN



www.NABU.de